

Peter von Ins	Editorial	■ 343
	Thema/Question du jour	
M. A. Niggli und Natalia Schmuki	Das Unternehmensstrafrecht (Art. 100 ^{quater} StGB/Art. 102 revStGB)	■ 347
Anne Berkemeier	Die Geldstrafe im revidierten Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches	■ 352
	Anwaltspraxis/Pratique du barreau	
Didier de Montmolin	L'autoréglementation «à la Suisse»: Ses atouts à la lumière de l'expérience du terrain – 2 ^e partie	■ 355
Stephan Loretan	Business Continuity Management in der Anwaltskanzlei	■ 360
	Rechtsprechung/Jurisprudence	■ 363
	Rechtsetzung/Législation	■ 369
	SAV – Kantonale Verbände/FSA – Ordres cantonaux	
René Rall	Mitteilungen des Generalsekretärs/Communications du Secrétaire général	■ 373
	Agenda	■ 379

Impressum

Anwaltsrevue/Revue de l'avocat
8. Jahrgang 2005/8^e année 2005
ISSN 1422-5778

Zitervorschlag/Suggestion de citation
Anwaltsrevue 9/2005, 341 ff.
Revue de l'avocat 9/2005, 341 ss

Herausgeber/Édité par
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Schweizerischer Anwaltsverband/
Fédération Suisse des Avocats

Chefredaktion/Rédacteur en chef
Peter von Ins, Fürsprecher (vJ)
Bollwerk 21
CH-3001 Bern
Tel. 031 328 35 35
Fax 031 328 35 40
vonins@bollwerk21.ch

**Verlag und Redaktion/
Edition et rédaction**
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Lektorat Zeitschriften
Lic. phil. Roland Strub
Lic. phil. Anne-Marie Prévost
Elisabethenstrasse 8, CH-4051 Basel
Tel. 061 228 90 70
Fax 061 228 90 72
www.helbing.ch
zeitschriften@helbing.ch

Mitarbeiter/Collaborateurs
Lic. iur. Max Beetschen (Be)
Thomas Büchli, Rechtsanwalt (Bü)

Sekretariat SAV/Secrétariat FSA
Marktgasse 4, Postfach 8321
CH-3001 Bern
Tel. 031 313 06 06
Fax 031 313 06 16
info@swisslawyers.com
www.swisslawyers.com

Inserate/Annonces
Kretz AG
General Wille-Str. 147, Postfach
CH-8706 Feldmeilen
Tel. 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
info@kretzag.ch

Vertrieb/Distribution
Bookit Medienversand AG
Industriestr. Ost 10, CH-4614 Hägendorf
Tel. 062 209 27 39
Fax 062 209 26 27
zeitschriften@sbz.ch

Preise/Prix
Jährlich/Annual: Fr. 153.–, € 97.–
Studenten/Etudiants: Fr. 101.–, € 64.–
Einzelheft/Numéro séparé: Fr. 21.–, € 13.–
Mitglieder des SAV gratis/Membres FSA gratuit
Alle Preise inkl. 2.4% MwSt.
Kündigungen für die neue Abonnementperiode sind schriftlich und bis spätestens 31. Oktober des vorangehenden Jahres mitzuteilen. / La résiliation de l'abonne-

ment pour une nouvelle période doit être communiquée par écrit au plus tard jusqu'au 31 octobre de l'année précédant la nouvelle période.

Copyright
© Titel «Anwaltsrevue/Revue de l'avocat»
by Schweizerischer Anwaltsverband, Bern
© Inhalt by Schweizerischer Anwaltsverband Bern und
Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München
© Gestaltung, Umsetzung und Grafik
by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift und ihre Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages./Tous droits réservés. La revue est protégée par la législation sur les droits d'auteur. Toute exploitation non autorisée par la loi nécessite l'accord écrit de l'éditeur.

Die in dieser Zeitschrift von Autorinnen und Autoren geäußerten Meinungen und Ansichten müssen sich nicht mit denjenigen der Redaktion oder des SAV decken./Les opinions exprimées dans cette revue par les auteurs sont personnelles et n'engagent ni la rédaction ni la FSA.

Editorial

Die Kleiderfrage

Der Anwalt lebt nicht von Aktenstudium und Paragraphen alleine, pflegte Redlich zu sagen. Etwas Abwechslung muss sein, zwischendurch. Wozu bleiben Anwälte denn abends im Büro, wenn ehemalige Studienkolleginnen und -kollegen nach dem Ausstempeln in der Verwaltung bereits in unanständiger Sichtweite von Redlichs Bürofenster sich beim zweiten Bier den anstrengenden Tag nochmals lauthals durch den Kopf gehen lassen und ab und zu mit nicht überhörbarem Rülpsen die abscheulichsten Geschichten, die das Leben ihnen auf ihr Normpult gespült hatte, verbal ad acta legen. Prost! Derweil streicht Redlich immer noch Satz um Satz aus der doch bereits seit Tagen zum Versand bereit liegenden Rechtsschrift und ärgert sich, dass die Post ihre Dringlichkeitsschalter stets früher schliesst. Public braucht ja der Service nicht gleich zu sein, aber wenigstens für Anwälte . . .

Also gönnt sich die Anwaltschaft ab und zu eine Pause und trifft sich aus mannigfachem Anlass zu einem Galadiner mit Musik und Unterhaltung. So auch Redlich. Im Gegensatz zu unzähligen Networkkapéros ist hier Begleitung stets willkommen und sogar eingeladen. Frau Redlich freut sich. «Aber das lange Schwarze vom letztjährigen Charity-Event ziehe ich dann nicht mehr an!» «Kannst du doch», brummt Redlich, der wieder einmal hinter den sonntäglich erscheinenden Presseerzeugnissen versunken und deshalb nur noch knapp ansprechbar ist. «Und wenn die gleichen Leute kommen?» insistiert Frau Redlich. «Weil es diesmal kaum die gleichen sein werden», klärt Redlich auf. «Aber die Gubelmanns und Ehrenzellers kommen sicher wieder», beharrt sie. Er darauf: «Dann kaufst du dir halt mal was Neues», und denkt an die letzte Bordeaux-Subskription, die ja, streng genommen trotz Abzug von Rabatt und Skonto auch nicht ganz gratis war. Da kann man(n) sich ja wieder einmal von seiner grosszügigen Seite zeigen. «Welch ein Glück», flötet sie, «ausgerechnet gestern habe ich da was gesehen . . .». «. . . und zufälligerweise ist es jetzt hier», ergänzt Redlich und senkt die Zeitung. Erwartungsfroh steht sie nach wenigen Minuten vor Redlich. «Gefällt es dir?» Natürlich gefällt es Redlich wieder einmal mehr nicht, die Farbe, der Schnitt und überhaupt . . . Vorausahnend, was nun kommen wird, startet sie zur Offensive: «Der Susanne und der Hanna hat's übrigens ausserordentlich gefallen, die waren ganz hin und übrigens ist das jetzt auch sehr en vogue!» «Du hast aber gefragt, ob es mir gefällt und ich sage, mir gefällt es nicht, die Farbe passt nicht zu dir und der Schnitt ist ein wenig unvorteilhaft», murrte nun Redlich. «Was heisst denn unvorteilhaft, was meinst du genau damit?» Ihr unheilvoller Ton liess Redlich nun instinktiv fühlen, dass es an der Zeit war, auf Vergleichsverhandlungen zu drängen. «Weshalb

nimmst du nicht jenes, das du an der letzten Büroweihnacht getragen hast? Dieses aufregend geschlitzte kleine Schwarze!» Frau Redlich schmolte. Nach drei Minuten stand sie aber wieder da. «Was meinst du hierzu?» «Atemberaubend» dachte Redlich, doch der alte Taktiker erinnerte sich nur zu gut an die Déjà-vus, wo sie sich nach langer Diskussion auf das tollste, aufregendste und einmaligste Fähnchen geeinigt hatten, auf dass die Holde zwei Minuten vor Abfahrt zum Galaball sich nun doch für das lange Rote (zweimal Charity-Ball, einmal Herbstdiner, drei mal an Freundinnen ausgeliehen und letztes Jahr noch Hochzeit von Urs) entschieden hatte. Deshalb, so Redlich zu sich selber, jetzt keinen Fehler machen, wenn du willst, dass sie in diesem Kleid kommt. «Es geht», bemerkte er beiläufig. «Was, es geht? Das sieht doch toll aus!» begeisterte sich nun Frau Redlich ihrerseits. «Vielleicht mit anderen Schuhen», taktierte Redlich und hätte sich fast die Zunge abgebissen, sah er doch so etwas wie ein triumphierendes Leuchten in ihren Augen und in seinen Albträumen leergeräumte Schuhregale in der Stadt. Redlich wartete also gespannt auf den Tag des Galadiners.

Als der CEO der börsenkotierten internationalen neuen Klientin Redlich am Montag ausrichten liess, er sei soeben in der Stadt und würde gerne den neuen Anwalt kennenlernen, ob 1100 h passe, nachher habe er den Rückflug gebucht, nahm Redlich vor Schreck seine in Segelmokassins gehüllten Füsse vom Pult, sah sich am klientenfreien Tag in Jeans und Shirt in Gedanken schon DEM Boss gegenüber und handelte, wie es von einem Anwalt erwartet wird: In den nächsten Laden, Anzug, Hemd (bitte gleich aufbügeln), Krawatte passend und ein paar elegante Schuhe wechselten innert zehn Minuten ihren Besitzer.

«Hello Mr. Redlich», strahlte DER Boss in Jeans und Kurzarmshirt unverschämte braungebräunt, «entschuldigen Sie meinen Aufzug, aber ich sage mir immer, der Kern ist wichtig, nicht die Schale, ha, ha.» Redlich darauf: «Ganz meine Meinung, sie können sich ja vorstellen, wenn ich da nicht noch einen Gerichtstermin hätte, he, he . . .» In diesem Moment war ihm ziemlich egal, was seine Frau morgen zum Galadiner tragen würde.

Peter von Ins, Fürsprecher

M. A. Niggli* und Natalia Schmuki**

Das Unternehmensstrafrecht (Art. 100^{quater} StGB/Art. 102 revStGB)

Stichworte: Anlasstat, Organisationsmangel, Strafrecht, Strafbarkeit von Unternehmen, subsidiäre/primäre Unternehmensstrafbarkeit, Unternehmen, Unternehmensstrafrecht

I. Einleitung

A. Inkrafttreten von Art. 100^{quater} und Art. 100^{quinquies} StGB

Per 1. Oktober 2003 ist das Unternehmensstrafrecht in Kraft getreten.¹ Die Einführung war ursprünglich im Rahmen der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (rev. AT) vorgesehen gewesen.² Dringlicher als die Inkraftsetzung des rev. AT war für den Gesetzgeber – wohl unter dem Druck der Ereignisse vom 11. September 2001 – die Inkraftsetzung des UNO-Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus.³ Es wurde am 23. Oktober 2003 in Kraft gesetzt und ist Basis dafür, dass die Art. 102 und 102a revStGB nun bereits als Art. 100^{quater} und 100^{quinquies} StGB vorgezogen in Kraft gesetzt wurden.⁴ Während vom Abschluss der Konvention bis zur Inkraftsetzung des Unternehmensstrafrechts zügiges Tempo angeschlagen wurde, lässt die Judikatur auf sich warten. Bislang ist noch kein Entscheid zum Unternehmensstrafrecht ergangen.

B. *Societas delinquere potest*: Ein Novum?

Mit der Gesetzesnovelle scheint ein Axiom zu Fall gebracht: Der Grundsatz *societas delinquere non potest* – für dessen Entstehung verschiedentlich das römische Recht bemüht wird, obwohl der Grundsatz bei den Römern nirgends nachzuweisen ist⁵, soll jegliche Bedeutung verloren und zum Grundsatz *societas delinquere potest* mutiert haben. Dies ist ein Trugschluss: Die strafrechtliche Verantwortung eines Kollektivs oder einer juristischen Person war unserem Strafrecht nicht fremd. So sehen das Verwaltungsstrafrecht⁶ die Strafbarkeit von juristischen Personen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften und Einzelfirmen sowie

das Steuerstrafrecht⁷ die Strafbarkeit *juristischer Personen* vor. Neu am Unternehmensstrafrecht ist demnach nur die Ausdehnung der Strafbarkeit auch auf andere Entitäten und die Verallgemeinerung des Prinzips durch Niederlegung im allgemeinen Teil des StGB.

II. Grundlagen

A. Der Begriff des Unternehmens

Unternehmen ist allgemein verstanden ein *kaufmännisches* Unternehmen. OR Art. 934 Abs. 1 spricht vom «nach kaufmännischer Art geführten Gewerbe», worunter ein «Handels-, Fabrikations- oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe» zu verstehen ist.⁸ Das Unternehmen ist «selbständiger, organisierter Geschäftsbetrieb, der sich regelmässig mit dem Handel oder der Fabrikation von Gütern beschäftigt oder eine andere, die Berücksichtigung kaufmännischer Grundsätze erfordernde Tätigkeit verfolgt» und ist ab CHF 100 000.– Jahresumsatz zwingend ins Handelsregister einzutragen.⁹ Das Privat- bzw. Handelsrecht definiert das Unternehmen offensichtlich vor wirtschaftlichem Hintergrund. Anders das Strafrecht. Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. a–d StGB kreiert einen eigenen Unternehmensbegriff.

B. Die einzelnen erfassten Unternehmensformen

1. Verein/Stiftung/AG/KommanditAG

Der Verein¹⁰ widmet sich *nicht wirtschaftlichen* Aufgaben. Die Stiftung¹¹ kann sich auch wirtschaftlichem Zweck widmen. Beide sind juristische Personen des Privatrechts und fallen als solche unter Art. 100^{quater} StGB.

Auch AG¹² und KommanditAG¹³ sind juristische Personen und können gemäss Art. 620 Abs. 3 OR *auch für andere als wirtschaftliche Zwecke* gegründet werden. Aus diesem Grund kann nicht davon ausgegangen werden, *Unternehmen* wären Gebilde mit ausschliesslich wirtschaftlicher Zweckgebung. Obwohl weder Gesetzestext, noch Botschaft auf eine rein wirtschaftliche Betrachtung

* Prof. Dr., Ordinarius für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Freiburg.

** Fürsprecherin und Notarin, Doktorandin.

1 AS 2003, S. 3043; BBl 2002, S. 5390.

2 Der revidierte Allgemeine Teil des StGB wird voraussichtlich im Jahre 2007 in Kraft treten.

3 SR 0.353.22.

4 Vgl. Art. 5 des Übereinkommens.

5 Vielmehr handelt es sich um eine ungeschriebene Rechtsregel, überzeugend dargelegt in José Du Puit, La responsabilidad penal de las personas jurídicas en suiza, vgl. <http://www.unifr.ch/derechopenal/anuario/96/du96.html>, Ziffer I d. Notabene kannten die Römer das Gesellschaftsrecht und das Recht der juristischen Personen lediglich in Ansätzen, vgl. Max Kaser/Rolf Knütel, Römisches Privatrecht, 17. Auflage, München 2003, § 17 N 1 ff.

6 SR 313.0, Art. 6 und 7.

7 SR 642.11, Art. 181.

8 ARTHUR MEYER-HAYOZ/PETER FORSTMOSER, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 9. Auflage, Bern 2004, § 4 N 35.

9 MEYER-HAYOZ/FORSTMOSER (FN 8), § 4 N 55.

10 Art. 60–79 ZGB, SR 210.

11 Art. 89–89^{bis} ZGB.

12 Art. 620–763 OR, SR 220.

13 Art. 764–771 OR.

tungsweise des Unternehmensbegriffs schliessen lassen, geht SCHMID von einer solchen aus.¹⁴ 100^{quater} Abs. 4 lit. a schliesst sämtliche juristischen Personen des Privatrechts ein, unabhängig von deren Zweckbestimmung.

2. GmbH/Genossenschaft

GmbH¹⁵ und Genossenschaft¹⁶ sind juristische Personen des Privatrechts und demnach strafrechtlich belangbar.

3. Öffentlichrechtliche Körperschaften

Öffentlichrechtliche Körperschaften werden durch staatlichen Hoheitsakt errichtet, sind rechtlich verselbständigt, mitgliederschaflich verfasst, mit Autonomie versehen und zur selbständigen Erfüllung von Verwaltungsaufgaben bestimmt.¹⁷ Sie sind in jedem Fall Personenverbindungen¹⁸; meistens wird ihnen im Gründungsakt Rechtspersönlichkeit verliehen.¹⁹ Es gibt Gebietskörperschaften, Personalkörperschaften und Realkörperschaften.²⁰

Dies bedeutet: Öffentlichrechtliche Körperschaften können – sofern sie rechtsfähig sind – im Sinne von Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. b strafrechtlich verantwortlich werden. Ausnahme bilden die *Gebietskörperschaften*, die explizit von der Unternehmensstrafbarkeit ausgenommen sind. Es sind dies zum Beispiel Bund, Kantone und politische Gemeinden²¹ sowie öffentlichrechtliche Körperschaften, welche die Mitgliedschaft vom Wohnsitz abhängig machen.²²

4. Öffentlichrechtliche Anstalten

Auch öffentlichrechtliche Anstalten sind Verwaltungsträger der dezentralisierten Verwaltung. Sie können in den Gesellschaftsformen des Zivilrechts geschaffen werden. Die öffentlichrechtliche Anstalt wird vom Gemeinwesen getragen, ist organisatorisch ausgegliedert, mit persönlichen und sachlichen Mitteln versehen, hat eine gewisse Autonomie und ist bestimmt zur dauernden Erfüllung einer Aufgabe des Gemeinwesens. Es gibt Anstalten mit und solche ohne Rechtsfähigkeit, d. h. mit oder ohne Rechtspersönlichkeit. Hier interessieren nur Anstalten mit Rechtspersönlichkeit, da nur sie juristische Personen sind und damit den Anforderungen von Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. b StGB ge-

nügen.²³ Ob eine öffentlichrechtliche Anstalt Rechtspersönlichkeit hat oder nicht, ergibt sich aus dem einschlägigen Spezialgesetz.²⁴

5. Öffentlichrechtliche Stiftungen

Auch sie sind Verwaltungsträger.²⁵ Sind alle öffentlichrechtlichen Stiftungen juristische Personen mit Rechtspersönlichkeit? Offensichtlich nicht. Es ist jeweils der Errichtungsakt zu konsultieren. So ist zum Beispiel die Stiftung *Schweizerischer Nationalpark* mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet,²⁶ die *Gottfried-Keller-Stiftung* nicht.²⁷ Die Stiftung Schweizerischer Nationalpark kann strafrechtlich belangt werden, die Gottfried-Keller-Stiftung nicht.

6. Zivilrechtliche Verwaltungsträger

Auch Privatrechtssubjekte können Verwaltungsträger sein, wenn sie unmittelbar mit der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben betraut wurden. Es bedarf dazu der Grundlage in einem formellen Gesetz.²⁸ «Es kann sich dabei um juristische oder um natürliche Personen des Privatrechts handeln.»²⁹

Es kann offen bleiben, ob die Kategorie der zivilrechtlichen Verwaltungsträger unter Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. a oder lit. b zu subsumieren ist. Strafbar sind juristische Personen ohnehin.

Es gibt drei Arten zivilrechtlicher Verwaltungsträger:

- *Gemischtwirtschaftliche Unternehmen (GU)*
In formaler Hinsicht sind die GU Gesellschaften des Zivilrechts, sie tauchen in der Regel als AG oder Genossenschaft auf. Das Gemeinwesen entsendet entweder einen Vertreter als Organ in die betreffende Gesellschaft oder es beteiligt sich finanziell am GU. Einen Sonderfall der GU bildet die spezialgesetzliche Aktiengesellschaft, welche durch Gesetz statt durch Vertrag errichtet wird.³⁰ Da GU im Kleid rechtsfähiger juristischer Personen auftreten, fallen sie unter Art. 100^{quater} StGB.
- *Öffentliche Unternehmen in Privatrechtsform*
Im Unterschied zu den GU liegen hier die Anteile der Unternehmen zu 100 Prozent in öffentlicher Hand und das Unternehmen ist nicht gewinnorientiert.³¹ In Bezug auf 100^{quater} StGB gilt das für die GU gesagte.

14 NIKLAUS SCHMID, Einige Aspekte der Strafbarkeit des Unternehmens nach dem neuen Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches, in: H. C. von der Crone et al. (Hrsg.), *Neue Tendenzen im Gesellschaftsrecht*, Festschrift für Peter Forstmoser, Zürich 2003, S. 761–781, S. 679 f.

15 Art. 772–827 OR.

16 Art. 828–926 OR.

17 PIERRE TSCHANNEN/ULRICH ZIMMERLI, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, Bern 2005, § 8 Rz 1.

18 TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 8 Rz 5 ff.

19 MEYER-HAYOZ/FORSTMOSE (FN 8), § 1 N 22.

20 TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 8 Rz 5 ff.: Gebietskörperschaften sind Bund, Kantone und politische Gemeinden; Personalkörperschaft die Bürgergemeinde Bern; Realkörperschaften Schwellen- und Dammkorporationen.

21 TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 8 Rz 6.

22 Bsp.: Bürgerholzgemeinde Bümpliz: Nur wer innerhalb der alten Dorfmarche Wohnsitz hat, kann Mitglied werden, vgl. Organisations- und Verwaltungsreglement vom 4. Dezember 2003, Art. 7 und 42.

23 Vgl. zum Ganzen TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 7 Rz 1 ff. Beispiele für öffentlichrechtliche Anstalten mit Rechtspersönlichkeit: Post; in der Stadt Bern: BernMobil, ewb, vgl. a. a. O., Rz 7.

24 TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 7 Rz 6.

25 TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 9 Rz 1.

26 TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 9 Rz 2; ULRICH HÄFELIN/GEORG MÜLLER, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, 4. Auflage, Zürich 2002, Rz 1352, wobei es zu beachten gilt, dass dem einschlägigen Gesetzestext die Rechtsfähigkeit nirgends expressis verbis zu entnehmen ist, die Stiftung jedoch im Handelsregister eingetragen ist.

27 HÄFELIN/MÜLLER (FN 26), Rz 1353.

28 Art. 178 Abs. 3 BV, TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 10 Rz 2.

29 Vgl. TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 10, Rz 1.

30 Bsp.: SBB, Swisscom, Schweizerische Nationalbank, cf. TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 10, Rz 7 f.

31 Bsp.: Abfalldeponien. Es geht vorab um Institute interkommunaler oder -kantonalen Zusammenarbeit, vgl. TSCHANNEN/ZIMMERLI (FN 17), § 10, Rz 10 und 11.

- *Private*

Bezüglich «privater» juristischer Personen, welche zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben beigezogen werden, an denen das Gemeinwesen nicht beteiligt ist, bestehen keinerlei Probleme. Sie sind, sofern bereits bestehende Privatrechts-subjekte in der Form juristischer Personen beigezogen werden, ohne weiteres den Regeln von Art. 100^{quater} f. StGB unterworfen.

7. Kollektiv- und Kommanditgesellschaft

Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. c spricht von *Gesellschaften tout court*. Deshalb fallen sie unter 100^{quater} StGB.³²

8. Stille Gesellschaft

Die stille Gesellschaft ist im Gesetz nicht explizit geregelt. Gegen aussen tritt nur ihr Hauptgesellschafter in Erscheinung.³³ Da als Hauptgesellschafter beliebige Personen im Sinne von Art. 530 OR in Frage kommen und weitere stille Gesellschafter unbekannt sind, kann nur der Hauptgesellschafter unter Art. 100^{quater} StGB fallen.³⁴

9. Einfache Gesellschaft³⁵

Das Gesetz sagt nicht, unter lit. c seien nur *Handelsgesellschaften* subsumierbar, weshalb sich auch die einfache Gesellschaft – fehlende Rechtsfähigkeit hin oder her – als Unternehmen strafbar machen kann.³⁶ Diese Erkenntnis lässt die vorangehenden Ausführungen beinahe als *l'art pour l'art* erscheinen. Denn: Was ist eine werdende Aktiengesellschaft, was eine «nicht kaufmännische Kollektivgesellschaft» im Sinne von Art. 553 OR anderes als eine einfache Gesellschaft?³⁷ Auf sie alle ist das Recht der einfachen Gesellschaft anwendbar. Was bringt also die Unterscheidung des Gesetzgebers in juristische Personen in lit. a und Gesellschaften in lit. c? Warum definierte der Gesetzgeber Unternehmen nicht schlicht als Gesellschaften im Sinne des Privatrechts, also eine Personenvereinigung, welche auf vertraglicher Grundlage beruht und auf gemeinsame Zweckverfolgung gerichtet ist?³⁸ Oder noch einfacher: Weshalb schaffte der Gesetzgeber nicht einen Art. 110 Ziffer 8, welcher lauten könnte: *Unternehmen sind alle ins Handelsregister eintragungsfähigen oder –pflichtigen Personen und alle einfachen Gesellschaften, welche ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben.*³⁹

C. «in einem Unternehmen»

Unternehmensstrafbarkeit wird ausgelöst, wenn das Verbrechen oder Vergehen «in einem Unternehmen» begangen wurde. Was jedoch bedeutet «in einem Unternehmen»? Zu Recht stellt SCHMID die Frage, ob als Anlasstäter auch Personen erfasst sind, welche im Auftragsverhältnis zum Unternehmen stehen, indem sie im Rahmen eines Outsourcings für das Unternehmen agieren.⁴⁰ Eine derartige Ausweitung der Verantwortlichkeit ginge wohl zu weit. Outsourcingbetriebe befinden sich nicht «in» einem Unternehmen, sondern eben ausserhalb (outside). Das letzte Wort in Sachen Outsourcing ist allerdings noch nicht gesprochen. Dasselbe gilt für Konzernverhältnisse.

D. «in Ausübung geschäftlicher Verrichtung im Rahmen des Unternehmenszwecks»

Von Art. 100^{quater} StGB erfasst werden nur Verbrechen und Vergehen «in einem Unternehmen in Ausübung geschäftlicher Verrichtung im Rahmen des Unternehmenszwecks». Interpretiert man diese Passage nach dem Wortlaut, ergibt sie wenig Sinn: Es wird kaum Ziel einer Bank sein, *in Ausübung geschäftlicher Verrichtung*, bspw. bei Transaktion von Kundengeldern, ihrem Unternehmenszweck dienend⁴¹ zu delinquieren. Überdies würde kaum ein Handelsregisterführer eine Bank mit rechtswidrigem Zweck ins Register eintragen.

«In Ausübung geschäftlicher Verrichtung» meint etwa: In einer Apotheke (X AG) wird einem Hämophilen aufgrund einer Verwechslung fälschlicherweise ein blutverdünnendes Medikament (statt einer gerinnungsfördernden Arznei) verkauft. Der Patient verblutet. Es kann in der Folge nicht rekonstruiert werden, wer das Medikament abgegeben hat. Subsumieren wir: Es gehört zur Ausübung der geschäftlichen Verrichtung einer Apotheke, Medikamente zu verkaufen. Auch liegt diese Tätigkeit durchaus im Rahmen des Unternehmenszwecks einer Apotheke.⁴²

III. Subsidiäre und parallele Verantwortlichkeit

Art. 100^{quater} StGB sieht zwei Verantwortlichkeitsszenarien vor, zum einen eine gegenüber der Strafbarkeit natürlicher Personen bloss subsidiäre (Abs. 1), zum anderen eine davon unabhängige (Abs. 2) primäre oder parallele Verantwortlichkeit.

32 CARLO ANTONIO BERTOSSA, *Unternehmensstrafrecht – Strafprozess und Sanktionen*, Bern 2003, *Unternehmensstrafrecht*, S. 75 ff.

33 MEYER-HAYOZ/FORSTMOSER (FN 8), § 15 N 15.

34 A. M. BERTOSSA (FN 32), S. 87 f.

35 Art. 530–551 OR.

36 Auch ein Konkubinatspaar, welches bspw. ein Baukonsortium bildet, kann sich somit als Unternehmen strafbar machen. A. M. BERTOSSA (FN 32), S. 82 ff.

37 Weiteres Beispiel: Art. 764 Abs. 2 für die Kommanditaktiengesellschaft.

38 Zur Definition vgl. MEYER-HAYOZ/FORSTMOSER (FN 8), § 1 N 3.

39 Beispiel für eine einfache Gesellschaft, welche ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreibt: Baukonsortium. Diese Definition umfasst auch die in Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. d angesprochene Einzelfirma. Zur Einzelfirma MEYER-HAYOZ/FORSTMOSER (FN 8), § 25 N 7 f.

40 SCHMID (FN 14), S. 772.

41 Bsp: «Betrieb einer Bank, insbesondere Entgegennahme von Geldern in den banküblichen Formen einschliesslich Spareinlagen; Gewährung von Hypothekendarlehen, von gedeckten und ungedeckten Krediten in laufender Rechnung sowie von Darlehen mit und ohne Deckung; Diskontierung von Wechseln und wechselähnlichen Papieren; An- und Verkauf von Wertschriften und Forderungspapieren für eigene und fremde Rechnung, Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Anlageberatung und Übernahme von Vermögensverwaltungen sowie ...»

42 Bsp. «Betrieb einer Apotheke mit sämtlichen damit im Zusammenhang stehenden Geschäften.»

A. Subsidiäre strafrechtliche Verantwortlichkeit (Art. 100^{quater} Abs. 1 StGB)

Art. 100^{quater} Abs. 1 StGB umschreibt den Grundsatz der Unternehmensstrafbarkeit dahingehend, dass das Unternehmen nicht prinzipiell strafbar wird, sondern nur unter zwei Voraussetzungen, namentlich dass (1) keine Zurechnung der Tat an eine natürliche Person möglich ist und (2) die Unmöglichkeit auf die mangelhafte Organisation des Unternehmens zurückzuführen ist.

1. Die Anlasstat

Auffällig ist vorweg, dass im Gegensatz zu Art. 100^{quater} Abs. 2 StGB Abs. 1 keine Umschreibung der Delikte vornimmt, die Anlass zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit bilden können (Anlasstaten). Die einzige Einschränkung besteht im Ausschluss von Übertretungen. Das bedeutet, dass z. B. Beschimpfungen (Art. 177 StGB) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198 StGB) jedenfalls ausser Betracht fallen,⁴³ nicht aber Ehrverletzungen (Art. 173 ff. StGB) oder Sexualdelikte (Art. 187 StGB). Zwar wird teilweise vertreten, aus der Beschränkung auf Taten «in Ausübung geschäftlicher Verrichtung im Rahmen des Unternehmenszwecks» folge, dass z. B. Sexualstraftaten ausgeschlossen bleiben,⁴⁴ doch widerspricht dies dem Gesetzestext und der h. M.⁴⁵ Entsprechend erscheint eine Einschränkung auf bestimmte Deliktsgruppen oder -typen abstrakt nicht möglich. Andererseits kann das Unternehmen sinnvollerweise natürlich auch nicht strafbar werden für jedes Delikt, das nur *anlässlich* seiner geschäftlichen Verrichtungen begangen wurde. Sinnvoll erscheint hier eine Beschränkung auf betriebstypische Gefahren, wie sie etwa von SCHMID vorgeschlagen wurde.⁴⁶ Das bedeutet aber umgekehrt, dass Sexualdelikte oder Delikte gegen Leib und Leben nicht kategorisch ausgeschlossen werden können, sondern durchaus als Anlasstaten bei Unternehmen in Frage kommen, die solche Delikte als betriebstypische Risiken kennen (also z. B. Spitäler, Schulen, Kindergärten etc.). Und weil die subsidiäre Verantwortlichkeit des Unternehmens nur nach der Schwere des Deliktes unterscheidet (und Übertretungen ausschliesst), kommen grundsätzlich sowohl Vorsatz- als auch Fahrlässigkeitsdelikte in Frage. Im vorerwähnten Fall der Apotheke etwa wäre damit die fahrlässige Tötung⁴⁷ durchaus mögliche Anlasstat. Einig ist man sich dagegen, dass Delikte zum Nachteil des Unternehmens ausgeschlossen bleiben, obwohl nach dem Text der Norm auch

dies nicht zwingend ist. Nicht notwendig ist aber, dass das Delikt im Interesse des Unternehmens begangen wurde.⁴⁸

2. Zurechnung an eine bestimmte natürliche Person nicht möglich

Als erste Bedingung der subsidiären Unternehmensstrafbarkeit nennt das Gesetz die Unmöglichkeit, die Straftat einer bestimmten natürlichen Person zuzurechnen. Im erwähnten Apotheken-Beispiel würde dies etwa bedeuten, dass primäre Bedingung der Unternehmensstrafbarkeit die Unmöglichkeit die fehlerhafte Medikamentenabgabe einer natürlichen Person zuzurechnen. Die eigentliche Crux der vom Gesetzgeber gewählten Konstruktion besteht nun darin, dass für die klassische strafrechtliche Zurechnung sowohl objektiver als auch subjektiver Tatbestand erfüllt sein müssen. Lässt sich nun der subjektive Tatbestand nicht nachweisen (z. B. bei einer Veruntreuung nach Art. 138 StGB Vorsatz und Bereicherungsabsicht oder bei einer ungetreuen Geschäftsbesorgung nach Art. 158 StGB der Vorsatz), dann ist damit eine der Grundvoraussetzungen von Art. 100^{quater} Abs. 1 StGB erfüllt, gleichzeitig aber entfällt damit eine andere, namentlich das Vorliegen eines Verbrechens oder Vergehens. Entsprechend müsste in diesen Konstellationen die subsidiäre Verantwortlichkeit des Unternehmens *immer* scheitern. Das kann so sicherlich nicht richtig sein. Eine Möglichkeit bestünde nun darin, dieses subjektive Element dem Unternehmen als Kollektiv anzurechnen.⁴⁹ Tut man dies aber und lässt statt des subjektiven Tatbestandes (der eben praktisch nur in Bezug auf eine konkrete natürliche Person zu eruieren ist) den Organisationsmangel⁵⁰ genügen, dann ergibt sich damit zwingend, dass im Bereich der Unternehmensstrafbarkeit Vorsatzdelikte auch fahrlässig erfüllt werden können.

3. Die mangelhafte Organisation des Unternehmens (Organisationsmangel)

Die zweite Bedingung der subsidiären Strafbarkeit der Unternehmung besteht in einem Organisationsmangel, der für die Unmöglichkeit, das fragliche Verhalten einer natürlichen Person zuzurechnen, kausal sein muss. Wie leicht zu erkennen ist, dürfte auch dieser zentrale Passus nicht leicht zu konkretisieren sein. In unserem Apotheken-Beispiel: Ist eine Apotheke mangelhaft organisiert, wenn sie bei fünf Angestellten, welche gleichzeitig im Einsatz sind, nicht über eine moderne Kasse verfügt, welche Uhrzeit, Namen der eintippenden Person und Produkt auf dem Kassenstreifen ausweist, sondern lediglich Datum und den Betrag? Angesichts der Verantwortung und des Risikos bei der Abgabe von Medikamenten müsste diese Frage wohl bejaht werden. Mit einer altmodischen Kasse in einer mittelgrossen Apotheke zu arbeiten, dürfte wohl als mangelhaft organisiert erscheinen. Unzweifelhaft ist dies aber nicht.

Das Gewicht des Organisationsmangels und seiner Eruierung lässt sich vielleicht am besten an Beispiel der missglückten Herztransplantation im Universitätsspital Zürich demonstrieren: T.

43 NATALIA SCHMUKI, Arbeitgeber Aufgepasst!, ius. full Nr. 3+4/04, S. 169.

44 GÜNTHER HEINE, Das kommende Unternehmensstrafrecht (Art. 100^{quater} f.), ZStrR 2003, S. 24–45, S. 35.

45 Vgl. GÜNTHER ARZT, Strafbarkeit juristischer Personen: Andersen, vom Märchen zum Alptraum, SZW 2002, S. 226–235, S. 234; LAURENT MORELLON, La responsabilité pénale de l'entreprise, ZStrR 1999, S. 325–346, S. 337; SCHMID (FN 14), S. 774.

46 Vgl. SCHMID (FN 14), S. 774 f.; vgl. dazu auch MARK PIETH, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmens, ZStrR 2003, S. 353–375, S. 362.

47 In Bezug auf die fahrlässige Begehungsweise sind hier keine Bedenken anzumelden. Schwieriger wird die dogmatische Begründung dafür ausfallen, wenn ein nur vorsätzlich begehbare Delikt aufgrund einer Unvorsichtigkeit mittels Unternehmensstrafrecht auch für die fahrlässige Begehungsweise strafbar wird.

48 SCHMID (FN 14), S. 774.

49 Vgl. HEINE (FN 44), S. 33.

50 Vgl. dazu anschliessend.

implantierte V. am Zürcher Universitätsspital ein Herz mit einer inkompatiblen Blutgruppe. Die Patientin starb. Nach dem geltenden Recht ist das Universitätsspital Teil der Zentralverwaltung und fällt somit als Unternehmen ausser Betracht. Anders läge der Fall, wenn das sich zurzeit in Revision befindliche Gesetz bereits in Kraft wäre.⁵¹ De lege ferenda fiele das Universitätsspital damit unter Art. 100^{quater} Abs. 4 lit. b StGB, weil das Universitätsspital – mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes – zu einer juristischen Person des öffentlichen Rechts wird. Kämen die Untersuchungsbehörden zum Schluss, dass es sich um eine fahrlässige Tötung handelte und das Verbrechen dem Herzchirurgen zugerechnet werden könnte, so schiede damit auch die Unternehmensstrafbarkeit aus, da das Delikt einer natürlichen Person zugerechnet werden kann und Art. 117 StGB nicht unter den Deliktskatalog von Art. 100^{quater} Abs. 2 fällt. Anderes gälte, wenn die Tat keiner natürlichen Person zugerechnet werden könnte. Wäre damit das Universitätsspital als Unternehmen strafrechtlich verantwortlich? Ist anzunehmen, dass das Universitätsspital mangelhaft organisiert ist, weil es grundsätzlich nicht passieren darf, dass ein Spenderherz auf dem Weg vom Spender bis zur Implantation nicht auf seine Kompatibilität untersucht wird? Muss mithin die Organisation sicherstellen, dass nicht nur die relevanten Informationen erhoben, sondern auch weitergegeben werden und die Weitergabe kontrolliert wird? Leicht erkennbar wird, dass sich hier dieselben Fragen stellen wie bei der Fahrlässigkeit natürlicher Personen.⁵²

B. Primäre bzw. parallele strafrechtliche Verantwortlichkeit (Art. 100^{quater} Abs. 2 StGB)

Für bestimmte Bereiche hat der Gesetzgeber in Art. 100^{quater} Abs. 2 StGB eine schärfere Variante der Unternehmensstrafbarkeit vorgesehen. Anders als in Abs. 1, wo offenbar angenommen wird, dass strafbare Handlungen in einer Unternehmung durchaus vorkommen können, das Unternehmen nur dafür zu sorgen hat, dass es möglich bleibt, die Täterschaft zu eruieren, geht Abs. 2 davon aus, dass bestimmte Delikte in einer Unternehmung schlicht nicht vorkommen dürfen. Für diese Delikte statuiert der Gesetzgeber eine strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmens, die *unabhängig davon* ist, ob ein Täter eruiert und bestraft werden kann. Die Strafbarkeit setzt also jedenfalls ein.

1. Anlasstaten

Der Gesetzgeber nennt sechs Anlasstaten:

- Kriminelle Organisation (Art. 260^{ter} StGB)
- Finanzierung des Terrorismus (Art. 260^{quinquies} StGB)

51 § 1 des Gesetzes lautet: *Unter dem Namen «Universitätsspital Zürich» besteht eine Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Zürich.* Das Gesetz über das Universitätsspital Zürich ist zurzeit in Revision. Weiterverhandelt wird am 19. September 2005. Für Details vgl. <http://www.kantonsrat.zh.ch/Dokumentation/Geschäfte/2003/4041.pdf> und <http://www.kantonsrat.zh.ch/Dokumentation/Geschäfte/2003/4041a.pdf>; vgl. auch NZZ vom 15. Juni 2005, S. 51, 5. Juli 2005, S. 49.

52 Vgl. für ein Beispiel etwa BGE 126 IV 13 (Vorwarner und Verletzung der Sprechdisziplin).

- Geldwäscherei (Art. 305^{bis} StGB)
- Bestechung (Art. 322^{ter} StGB)
- Vorteilsgewährung (Art. 322^{quinquies} StGB)
- Bestechung fremder Amtsträger (Art. 322^{septies} StGB)

Aus dem – abschliessenden – Deliktskatalog von Abs. 2, der nur Wirtschaftsdelikte erfasst, wird deutlich, dass für Abs. 1 eben anderes gilt, d. h. während bei Art. 100^{quater} Abs. 1 StGB grundsätzlich alle StGB-Normen mögliche Anlasstaten sind (und nicht nur wirtschaftsstrafrechtliche), fasst Abs. 2 die Unternehmen bei gewissen Wirtschaftsdelikten stärker ins Recht.

2. Strafprozessuale Probleme

Leicht erkennbar wird, dass sich aus der parallelen Verantwortlichkeit von natürlichen Personen und Unternehmung erhebliche strafprozessuale Probleme ergeben (Ist gleichzeitig gegen beide zu ermitteln? Werden die Strafprozesse parallel geführt? Was gilt, wenn dies nicht möglich ist? Wer ist bei parallelen Ermittlungsverfahren unter welchem Titel einzuvernehmen? Wem steht das Recht auf Aussageverweigerung zu?). Nachdem vorliegend nur die materielle Seite der Unternehmensstrafbarkeit dargestellt werden soll, muss es beim Anzeigen der Fragen bleiben.

3. «Alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehren»

Nachdem die primäre oder parallele Strafbarkeit der Unternehmung bei den genannten Straftatbeständen unabhängig von der Strafbarkeit einer natürlichen Person einsetzen, bleibt als zentrale Bedingung der Strafbarkeit, dass «dem Unternehmen vorzuwerfen ist, dass es nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehren getroffen hat, um eine solche Straftat zu verhindern». Relativ unproblematisch dürfte diese Bedingung dort sein, wo bereits spezialgesetzliche Bestimmungen bestehen, die diese Pflichten konkretisieren (Geldwäschereigesetzgebung, Bankenrecht). Ausserhalb dieses Bereichs indes dürfte erheblicher Konkretisierungsbedarf bestehen.

V. Nebenstrafrecht: Von Roll und Schweizerhalle⁵³

Angesichts der dargelegten Probleme, die sich aus der neuen Norm ergeben, erscheint abschliessend ihr Verhältnis zum Nebenstrafrecht als doch beträchtliche Überraschung. Die Entscheidung in Sachen «Von Roll» und «Schweizerhalle» waren verschiedentlich (teils intensiv) kritisiert und als Beleg angeführt worden, dass es ein Unternehmensstrafrecht brauche. Beide Urteile würden indes auch nach Einführung der Unternehmensstrafbarkeit zum selben Resultat führen. Im Fall von Roll würde der Verweis von Art. 37 Kriegsmaterialgesetz⁵⁴ auf Art. 6 Verwaltungsstrafrecht⁵⁵ sicherstellen, dass eine natürliche Person besteht, der die

53 Aus Platzgründen kann hier nicht auf Details eingegangen werden, zu den Entscheiden vgl. BGE 122 IV 103–132 und HANS WIPRÄCHTIGER, Strafbarkeit des Unternehmers, AJP 2002, S. 754–762, S. 758 f.; Urteil des Strafgerichts Basel-Landschaft vom 14. Mai 1993.

54 Kriegsmaterialgesetz vom 13. Dezember 1996, SR 514.51.

55 Bundesgesetz vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR), SR 313.0.

Tat zugerechnet werden kann, was seinerseits die Anwendung von Art. 100^{quater} StGB ausschliesst. Das Verfahren Schweizerhalle dagegen wurde eingestellt, weil die Brandursache «nicht restlos geklärt» werden konnte und «strafrechtlich relevante Fehler im Sicherheitsdispositiv nicht nachweisbar» waren.⁵⁶ Nach diesen Feststellungen würde auch hier die Strafbarkeit der Unternehmung scheitern, weil eben gerade kein Organisationsmangel erkennbar war. In den beiden meist für die Einführung der Unternehmensstrafbarkeit angeführten Entscheiden würde die neue Norm mithin überhaupt nichts ändern.

Grundsätzlich verhindert der im Nebenstrafrecht geradezu übliche Verweis auf das Verwaltungsstrafrecht,⁵⁷ dass die kern-

56 Urteil des Strafgerichts Basel-Landschaft vom 14. Mai 1993, S. 8.

57 Insgesamt sind es über 70 Gesetze, die auf das VStrR verweisen, darunter so bedeutsame wie das Waffengesetz, das Zollgesetz oder das Umweltschutzgesetz. Im erwähnten Apotheken-Beispiel etwa wäre Art. 86 Heilmittelgesetz (SR 812.21) einschlägig.

strafrechtliche Unternehmensverantwortlichkeit zum Tragen kommt, weil die Unternehmerstrafbarkeit nach Verwaltungsstrafrecht eben die Zurechnung zu einer natürlichen Person sicherstellt, sodass die subsidiäre Unternehmensstrafbarkeit bleibt, was sie ist, nämlich subsidiär.

VI. Schluss

Als Résumé bleibt, dass die neue Unternehmensstrafbarkeit im Bereich der Finanzwirtschaft (Art. 100^{quater} Abs. 2 StGB) im Wesentlichen eine Verdoppelung der Strafbarkeit (natürliche Person und Unternehmung) bringt. Für grosse Bereiche, die vom Verwaltungsstrafrecht abgedeckt werden, ändert sich nur wenig (Art. 100^{quater} Abs. 1 StGB). In den übrigen Bereichen aber ergibt sich v. a. für KMUs ein erheblicher Anpassungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Organisationsstrukturen. Ob das so gewollt war, darf bezweifelt werden. ■

Anne Berkemeier*

Die Geldstrafe im revidierten Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches

Stichworte: Geldstrafe, Busse, bedingte und teilbedingte Strafen, Schnittstellenproblematik

I. Das neue Sanktionensystem im revidierten AT StGB

Seit fast 100 Jahren sind aus verschiedensten Gründen Teilrevisionen am AT StGB (Allgemeiner Teil StGB) vorgenommen worden. In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist klar geworden, dass eine Totalrevision des AT zwingend notwendig sein würde, und die Expertenarbeiten begannen im Jahre 1983. Im Dezember 2002 erfolgte die Schlussabstimmung. Am 3. April 2003 lief die Referendumsfrist ungenutzt ab. In Kraft treten wird der neue AT StGB frühestens am 1. Januar 2007.¹ Im Zentrum der Totalrevision steht die Reorganisation und Erneuerung des Sanktionensystems. Die wichtigsten Anliegen des Gesetzgebers sind hierbei die Schaffung von Alternativen zu kurzen Freiheitsstrafen² und die Flexibilisierung des Sanktionensystems durch

die Einführung der teilbedingten Strafe und die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten.³

Der neue AT StGB enthält zwei Modelle von Vermögensstrafen: einerseits die Geldstrafe nach Tagessatzsystem als Sanktion für Verbrechen oder Vergehen, andererseits die Busse nach Geldsummensystem (mit einer Maximalhöhe von CHF 10 000.–) als Reaktion auf eine Übertretung (Art. 106 nStGB).

1. Die Busse (Art. 106 nStGB)

Nach revidiertem Recht wird als Busse lediglich noch die Sanktion bei einer Übertretung bezeichnet (Art. 103 nStGB). Die Haftstrafe existiert nicht mehr. Die Busse muss immer mit einer Ersatzfreiheitsstrafe von einem Tag bis zu drei Monaten verbunden sein (Art. 103 Abs. 2 nStGB). Die Maximalstrafe liegt bei CHF 10 000.– (Art. 106 nStGB), die Minimalstrafe ist gesetzlich nicht geregelt, es ist aber davon auszugehen, dass man sich wie bisher auf 1 Franken festlegt. Der Richter muss die Ersatzfreiheitsstrafe nach dem Verschulden des Täters eruieren und bereits im Urteil benennen (Art. 106 Abs. 3 nStGB), wobei die Ersatzfreiheitsstrafe natürlich bei Bezahlung, aber auch bei nach-

* Lic. iur., Assistentin am Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie. Für die kritische Durchsicht des Textes danke ich Herrn lic. iur. Gerhard Fiolka ganz herzlich.

1 Pressemitteilung des BUNDESAMTES FÜR JUSTIZ vom 4. 3. 2005 zu finden unter <http://www.ofj.admin.ch/d/index.html>.

2 JÜRIG SOLLBERGER, Die neuen Sanktionen des StGB, insbesondere die Geldstrafe, in: Zur Revision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafrechts und zum neuen materiellen Jugendstrafrecht, hrsg. von A. HUBSCHMID/J. SOLLBERGER, Bern 2004, S. 29; BARBARA AMSLER/JÜRIG SOLLBERGER, in: Basler Kommentar, hrsg. von M. A. NIGGLI/H. WIPRÄCHTIGER, Basel 2003, vor Art. 48 N 7 ff.; RENATE BINGELLI, Die Geldstrafe, Anwaltsrevue 1/2001, S. 10.

3 BOTSCHAFT ZUR ÄNDERUNG DES SCHWEIZERISCHEN STRAFGESETZBUCHES (Allgemeine Bestimmungen, Einführung und Anwendung des Gesetzes) und des Militärstrafgesetzes sowie zu einem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vom 21. September 1998; BBl 98.038, S. 1983 ff.

träglicher Begleichung, entfällt (Art. 106 Abs. 4 nStGB). Das Gericht legt die Höhe der Busse und Ersatzfreiheitsstrafe nach dem Verschulden des Täters fest (Art. 106 Abs. 3 nStGB). Bezahlt der Verurteilte nicht, oder leistet er die gemeinnützige Arbeit, zu der er verpflichtet wurde, nicht, wird die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen (Art. 106 Abs. 5 und 36 Abs. 5 nStGB). Ist der Verurteilte unschuldig in die Situation gekommen, die Busse nicht bezahlen zu können, ergeben sich drei mögliche Folgen: Der Verurteilte kann (1) eine Fristverlängerung für die Zahlung der Busse, (2) eine Herabsetzung des Bussenbetrages oder (3) die Anordnung gemeinnütziger Arbeit beim Gericht beantragen (Art. 106 Abs. 5 und Art. 36 Abs. 2–5 nStGB). Die Busse kann nur unbedingt ausgesprochen werden (Art. 105 nStGB). Die Vorschriften zum bedingten und teilbedingten Vollzug (Art. 105 Abs. 1 nStGB) haben Geltung für die Freiheitsstrafen und die Geldstrafe, aber nicht für die Busse.⁴

2. Die Geldstrafe (Art. 34–36 nStGB)

Die Geldstrafe als alternative Sanktionsmöglichkeit soll nach dem Wunsch des Gesetzgebers prioritär angewendet werden und die kurzen Freiheitsstrafen soweit als möglich ersetzen.⁵ Eine Freiheitsstrafe von weniger als 6 Monaten kann vom Richter nur ausgesprochen werden, wenn die Voraussetzung⁶ für eine bedingte Sanktion nicht gegeben ist und absehbar ist, dass die Verurteilung zu einer Geldstrafe oder gemeinnütziger Arbeit nicht umgesetzt werden kann (Art. 41 Abs. 1 nStGB). Die Geldstrafe wird durch den Richter nach Tagessatzsystem berechnet werden, d. h. die der richterlichen Entscheidung zugrunde liegenden Kriterien sind das Verschulden des Täters und seine finanziellen Möglichkeiten (Art. 34 nStGB). Konkret erfolgt die richterliche Entscheidung in zwei Phasen: Zunächst wird die Summe der Tagessätze gemessen am Verschulden des Täters festgeschrieben, dann wird die Höhe eines einzelnen Tagessatzes unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation des Täters bestimmt. Im ersten Teil der Entscheidungsfindung durch den Richter wird eine bestimmte Zahl von Tagessätzen nach der Schuld des Täters festgelegt, d. h. dass der Richter bei Delikten mit gleichem Sachverhalt und gleicher Tatschuld des Täters zu ein und demselben Ergebnis kommen müsste. Im zweiten Teil der richterlichen Entscheidungsfindung wird dann die Höhe des Tagessatzes individuell an die jeweilige Lage des Delinquenten angepasst. Die Einführung dieses «Zwei-Phasen-Modells» soll die pekuniäre Bestrafung transparenter und gerechter machen.⁷ Die obere Grenze für die Anzahl von Tagessätzen liegt bei 360 Einheiten, eine Begrenzung nach unten

hat der Gesetzgeber nicht vorgenommen (Art. 34 Abs. 1 nStGB). In bestimmten im Gesetz genannten Fällen kann sich die Maximalstrafe auch nach oben verschieben, z. B. liegt bei einem schweren Fall von Geldwäscherei (Art. 305^{bis} Ziff. 2 wird mit der Revision so neu ergänzt) die höchste Geldstrafe bei 500 Tagessätzen (also maximal 1,5 Millionen Franken). Die Höhe des Tagessatzes richtet sich nach der persönlichen und finanziellen Situation des Verurteilten, wobei das Maximum bei CHF 3 000.– festgeschrieben wurde (Art. 34 Abs. 2 nStGB). Eine untere Grenze findet sich im Gesetz nicht. Denkbar wären 1 Franken, aber auch die kleinstmögliche in der Schweiz existierende Münze, 5 Rappen.⁸ Die Geldstrafe kann unbedingt, teilbedingt und bedingt ausgesprochen werden. Über den genauen Vollzug einer bedingten und vor allem einer teilbedingten Geldstrafe schweigt sich der Gesetzgeber allerdings aus. In Art. 42 Abs. 1 StGB nStGB sind lediglich allgemeine Bestimmungen zur bedingten Geldstrafe festgelegt. Bleibt der Verurteilte die Geldstrafe schuldig, so wandelt sich diese in eine Freiheitsstrafe. Dabei ersetzt 1 Tag Freiheitsentzug einen Tagessatz. Kann der Verurteilte unverschuldet seine Strafe nicht bezahlen, kann das Gericht auf seinen Antrag hin – genau wie bei der Busse – entweder die Zahlungsfrist verlängern, die Höhe des Tagessatzes herabsetzen oder gemeinnützige Arbeit bestimmen. Wird dem Delinquenten eine Strafmilderung gewährt, so werden nicht die Höhe des Tagessatzes, sondern die Anzahl der Tagessätze verringert.⁹

II. Problematik: bedingte oder teilbedingte Geldstrafe?

Die mit der Einführung der bedingten oder teilbedingten Geldstrafe verbundene Problematik stellt sich grundsätzlich folgendermassen dar: Eine Busse, die als Strafe für Übertretung vorgesehen ist, muss immer unbedingt ausgesprochen werden, eine Geldstrafe, die als Sanktion für Verbrechen oder Vergehen fungiert, kann bedingt oder teilbedingt verhängt werden. Damit unterlägen Delinquenten, die sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, eindeutig einer «bevorzugten» Behandlung. Dagegen lässt sich einwenden, dass diese Problematik nur dann entsteht, wenn die persönliche und finanzielle Situation des Täters, wie gesetzlich vorgeschrieben, nicht berücksichtigt wird, sondern mit fixen Bussentaxen gearbeitet wird. Genau dies ist aber gängige kantonale Praxis.¹⁰ Die Geldstrafe ist eine Strafe «sui generis» und darum scheint es auch nicht geboten, die Grundsätze, die für die Freiheitsstrafen gelten, eins zu eins für die Geldstrafe zu übernehmen.¹¹ Es steht

4 SOLLBERGER (FN 2), S. 22.

5 BOTSCHAFT zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Allgemeine Bestimmungen, Einführung und Anwendung des Gesetzes) und des Militärstrafgesetzes sowie zu einem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vom 21. September 1998; BBl 98.038, S. 2017; AMSLER/SOLLBERGER (FN 2), vor Art. 48 N 7 ff.; SOLLBERGER (FN 2), S. 20; KARL-LUDWIG KUNZ, Zur Neugestaltung der Sanktionen des Schweizerischen Erwachsenenstrafrechtes, ZStrR 117, 1999, S. 243.

6 Vgl. Art. 42 nStGB; «... wenn eine unbedingte Strafe nicht notwendig erscheint, um den Täter von der Begehung weiterer Verbrechen oder Vergehen abzuhalten.» (Art 42 Abs. 1 nStGB).

7 SOLLBERGER (FN 2), S. 29; GERHARDT GREBING, Geldstrafenverhängung nach dem Tagessatzsystem im deutschen Recht, ZStrR 98, 1981, S. 47 f.

8 SOLLBERGER (FN 2), S. 23.

9 SOLLBERGER (FN 2), S. 22 f.

10 BOTSCHAFT zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003, Bern, 2005, S. 17; RENATE BINGGELI, Die Geldstrafe, in: Zur Revision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafrechts und zum neuen materiellen Jugendstrafrecht, hrsg. von A. HUBSCHMID/J. SOLLBERGER, Bern 2004, S. 70.

11 JÜRIG SOLLBERGER, Besondere Aspekte der Geldstrafe, ZStrR 121, 2003, S. 257; ROBERT ROTH, Nouveau droit des sanctions: premier examen de quelques points sensibles, ZStrR 121, 2003, S. 3; R. BINGGELI, Die Geldstrafe, Anwaltsrevue 1, 2001, S. 15.

ausser Frage, dass eine nicht sehr hohe und bedingt ausgesprochene Geldstrafe keinen spezialpräventiven Charakter haben kann, sondern lediglich einen unverhältnismässig grossen Aufwand nach sich zieht, falls die Strafe nachträglich vollstreckt werden müsste.¹² Auch eine generalpräventive Auswirkung der bedingten Geldstrafe lässt sich nicht ohne weiteres ausmachen.¹³ Zudem wird eine bedingte oder teilbedingte Geldstrafe in der Bevölkerung wohl nicht auf grosses Verständnis stossen.¹⁴

III. Kritik

Hauptsächlich wurde von Kantonen und Praktikern¹⁵ die Konstellation aus der SVG-Praxis kritisiert, bei der ein schwerer Geschwindigkeitsverstoss mit einer bedingten Geldstrafe, eine leichte Geschwindigkeitsüberschreitung dagegen mit einer unbedingten Busse bestraft werden muss.¹⁶ Als ein weiteres Beispiel für eine vom Gesetzgeber so sicher nicht gewollte Folge der Einführung des bedingten bzw. teilbedingten Vollzuges einer Geldstrafe mag folgende Situation dienen: Ein Dieb, der Waren im Wert von unter CHF 300.– (Art. 172^{ter} StGB) stiehlt, wird nach neuem Recht mit einer unbedingten Busse sanktioniert. Behündigt er Dinge mit einem Wert von über CHF 300.– kann er in den «Genuss» einer bedingten oder teilbedingten Geldstrafe kommen.¹⁷ So lohnt sich Diebstahl. Diese Problematik, die sog. Schnittstellenproblematik, hat der Bundesrat inzwischen auch erkannt und verschiedene Änderungen vorgeschlagen. *Erstens* soll mit dem neuen AT StGB inskünftig möglich sein, bedingte Vergehensstrafen mit (unbedingten) Übertretungsbussen zu verbinden. Art. 42 Abs. 4 nStGB soll so erweitert werden, dass eine bedingte Strafe (Freiheitsstrafe, Geldstrafe, gemeinnützige Arbeit) mit einer unbedingten Busse gemäss Art. 106 nStGB gekoppelt werden kann. *Zweitens* soll Art. 42 Abs. 4 nStGB auf Wunsch des Parlamentes dahingehend präzisiert werden, dass

es den Gerichten möglich sein soll, bedingte Strafen (Freiheitsstrafe oder gemeinnützige Arbeit) sowohl mit einer unbedingten als auch mit einer bedingten Geldstrafe zu verbinden.¹⁸ Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass Art. 42 Abs. 4 nStGB¹⁹ dahingehend geändert werden soll, dass eine bedingte Strafe mit einer bedingten oder unbedingten Geldstrafe oder mit einer Busse nach Art. 106 nStGB verbunden werden kann.²⁰

Eine weitere problematische Schnittstelle findet sich im Ordnungsbussengesetz (OBG; SR 741.03). Verstösse gegen Strassenverkehrsvorschriften können *ohne* Berücksichtigung des Vorlebens und der persönlichen Verhältnisse des Täters mit einer Busse bis zu CHF 300.– bestraft werden (Art. 1 OBG). Die in diesen Fällen vom Gesetz erfassten Tatbestände finden sich in der Ordnungsbussenverordnung (OBV; SR 741.031). Verstösse, die über diese von der Verordnung definierten Sachverhalte hinausgehen, werden mit Haft oder Busse bestraft, diesmal aber *unter* Berücksichtigung der persönlichen und finanziellen Verhältnisse des Täters (Art. 48 Ziff. 2 iVm Art. 102 StGB). In diesen Situationen ist es möglich, die Haft bedingt auszusprechen (Art. 102 und 105 StGB).²¹ Dieses Problem wird allerdings auch im revidierten Recht bestehen bleiben, denn solche Neuerungen standen bei der Revision des AT StGB nicht zur Debatte. Wollte man bezüglich dieser Problematik etwas ändern, müssten entweder die fixen Bussenbeträge im OBG gestrichen werden oder die Anwendbarkeit des OBG auf alle Fälle von Verstössen gegen Art. 90 Abs. 1 SVG ausgeweitet werden.²²

In Anbetracht der obenstehenden Ausführungen und unter Berücksichtigung der vorhin dargestellten Problematiken stellt sich letztendlich ganz allgemein die Frage, ob die Einführung der bedingten oder teilbedingten Verurteilung zu einer Geldstrafe überhaupt sinnvoll ist.

12 M. SOLLBERGER (FN 11), S. 257.

13 GÜNTHER STRATENWERTH, Die Strafen im Bagatellbereich nach künftigen Recht, ZStrR 122, 2004, S. 162.

14 A. M. ANDRÉ KUHN, La peine pécuniaire, ZStrR 115, 1997, S. 167, und Le sursis et le sursis partiel selon le nouveau Code pénal, ZStrR 121, 2003, S. 264 ff., der die Einführung der bedingten oder teilbedingten Geldstrafe explizit verlangt.

15 Vgl. BOTSCHAFT zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003, Bern, 2005, S. 11 ff.; Pressemitteilung des BUNDESAMTES FÜR JUSTIZ vom 19. 7. 2005 zu finden unter <http://www.ofj.admin.ch/d/index.html>.

16 SCHWEIZERISCHE KRIMINALISTISCHE GESELLSCHAFT, Vernehmlassung zur Totalrevision des Allgemeinen Teils des StGB, ZStrR 112, 1994, S. 363 f.

17 SOLLBERGER (FN 2), S. 35 f.

18 BOTSCHAFT zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003, Bern, 2005, S. 11 FN 6 und S. 18 f.; Pressemitteilung des BUNDESAMTES FÜR JUSTIZ vom 19. 7. 2005 zu finden unter <http://www.ofj.admin.ch/d/index.html>.

19 Vgl. ursprüngliche Version des Art. 42 Abs. 4 nStGB: «Eine bedingte Strafe kann mit einer Geldstrafe verbunden werden.»

20 BOTSCHAFT zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003, Bern, 2005, S. 38.

21 BOTSCHAFT zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003, Bern, 2005, S. 12.

22 BOTSCHAFT zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003, Bern, 2005, S. 14.

Didier de Montmolin*

L'autoréglementation «à la Suisse»: Ses atouts à la lumière de l'expérience du terrain – 2^e partie

Mots clés : LBA, blanchiment, autorégulation, intermédiaire financier, GAFI/FATF, secret professionnel, OAR, Autorité de contrôle

La mise à contribution de l'économie privée

Dans un premier temps, nous traiterons de la contribution apportée par les *acteurs du secteur privé qui sont régis par une loi spéciale*, puis nous passerons à la contribution du secteur privé non soumis à de telles lois.

Nous commencerons par l'*Association suisse des banquiers* («ASB»).

Au cours de ces quatorze dernières années, la Commission fédérale des banques («CFB») a bien sûr développé son implication dans le cadre de la lutte contre le blanchiment d'argent. En effet, nous savons que l'Autorité de surveillance bancaire a émis en 1991 et 1998 des Directives relatives au blanchiment de capitaux, remplacées depuis le 1^{er} juillet 2003 par l'Ordonnance en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, du 18 décembre 2002 («OBA-CFB») ¹.

Toutefois, malgré cette implication toujours plus grande de la CFB, la «Convention relative à l'obligation de diligence des banques» – dont l'origine remonte à 1977 – a été régulièrement reconduite avec quelques précisions et adaptations, notamment en 1998 (CDB 98) et en 2003 (CDB 03) ², soit alors même que la LBA était entrée en vigueur.

On rappellera que la CDB est d'abord une Convention entre l'ASB et la quasi totalité des banques suisses et étrangères établies en Suisse. Mais la CFB considère la CDB comme étant un standard minimum dans le domaine de la vérification de l'identité du cocontractant et l'identification de l'ayant droit économique, non seulement pour les banques, mais encore pour l'ensemble des intermédiaires financiers soumis à sa surveillance, soit aussi certaines directions de fonds au sens de la Loi sur les fonds de placement ainsi que les négociants en valeurs mobilières au sens de la Loi sur les bourses et les négociants en valeurs mobilières ³.

Ainsi, la contribution de l'ASB à la prévention du blanchiment d'argent est-elle remarquable.

Depuis près de 30 ans, les cadres et employés du secteur bancaire – actuellement plus de 100 000 personnes – sont sensibilisés à l'importance des «*Know your Customers Principles*» les plus fondamentaux, c'est-à-dire ceux permettant aux enquêtes pénales nationales et aux commissions rogatoires internationales pénales de disposer des bases nécessaires dans les établissements bancaires pour assurer la collecte d'informations et de documents ainsi que le blocage éventuel de fonds.

Les règles de la CDB ont inspiré très largement celles contenues dans la LBA ⁴, dans l'Ordonnance de l'Autorité de contrôle en matière de lutte contre le blanchiment d'argent concernant les obligations des intermédiaires financiers qui lui sont directement soumis, (versions de 1998 et de 2003, «OBA-AdC») ⁵, ainsi que tous les règlements édictés par les Organismes d'autorégulation, sans oublier le rôle de la CDB en tant qu'exemple «modèle» pour nombre de réglementations étrangères et de cercles internationaux dont le GAFI.

On rappellera que les violations de la CDB par les banques sont susceptibles de sanctions de la part de la «Commission de surveillance» instituée par l'ASB, composée de 5 personnalités indépendantes et compétente pour établir et réprimer les violations de la CDB ^{6, 7}.

Enfin il convient de noter que les «Global Anti-Money-Laundering Guidelines for Private Banking» émanent d'une initiative clairement privée, soit celle du «Wolfsberg Group» ⁸, composé de banques suisses et étrangères majeures. Il s'agit indéniablement d'une remarquable démonstration transfrontalière de la capacité et de la volonté contributive de l'économie privée à la prévention du blanchiment d'argent, même si l'objectif – parfaitement légitime d'ailleurs – était aussi de lutter contre les distorsions de concurrence.

Passons brièvement au *secteur des assurances*.

A l'image de la CFB pour ce qui relève de la compétence de cette dernière, l'Office fédéral des assurances privées («OFAP») exerce la surveillance sur les institutions d'assurances précitées. Toutefois, cette surveillance est souvent indirecte dans la mesure

* L'auteur est avocat, associé de l'Etude Secretan Troyanov à Genève, chargé d'enquête de l'Association suisse des banquiers (Convention relative à l'obligation de diligence des banques), membre du bureau du comité de l'OAR de la Fédération suisse des avocats et de la Fédération suisse des notaires, ainsi que membre du comité du Forum OAR-LBA.

Les quelques réflexions exposées dans cet article sont des propos libres qui n'engagent que l'auteur. Les notes de bas de pages ont été partiellement revues (en date du 10 juin 2005) par rapport à celles figurant dans le support écrit remis aux participants au 1^{er} congrès OAR-LBA tenu le 7 juin 2005, et à cette occasion, de minimes modifications formelles ont par ailleurs été apportées au texte principal.

La 1^{re} partie de cet article a été publiée dans la Revue de l'avocat 8/2005, p. 310ss.

1 RS 955.022.

2 www.swissbanking.org.

3 Cf. art. 2 al. 2 let. a, b et d LBA; art. 2 et 14 OBA-CFB.

4 Cf. art. 3, 4 et 5 LBA.

5 Cf. art. 6 à 24 OBA-AdC, RS 955.16, www.admin.ch/levf.

6 Cf. art. 11 et 12 CDB 03.

7 Quant aux autres intermédiaires financiers soumis à la surveillance de la CFB, cette dernière peut prendre des mesures à leur encontre si le «standard minimum» que représente la CDB n'est pas respecté.

8 www.wolfsberg-principles.com.

où la majorité des compagnies d'assurance vie dont le siège est en Suisse sont rattachées à l'Organisme d'autorégulation «OAR-ASA», créé par l'Association suisse d'assurances, en application des art. 16 al. 1 et 24 LBA et reconnu par l'OFAP⁹.

Enfin, toujours dans les domaines soumis à une loi spéciale, il convient de mentionner l'Organisme d'autorégulation de la Fédération suisse des casinos «OAR FSC».

La Commission fédérale des maisons de jeu («CFMJ») exerce une surveillance directe sur l'ensemble des casinos. Toutefois, la CFMJ considère le règlement de l'OAR FSC comme étant «un standard minimal dans le cadre de sa surveillance directe»¹⁰.

Force est donc de constater que *même dans les domaines régis par une loi spéciale* – donc a priori les moins sujets à bénéficier d'une contribution du secteur privé – *l'économie joue un rôle non négligeable dans la mise en œuvre de la lutte contre le blanchiment d'argent*.

Venons-en maintenant aux domaines d'activité non régis par une loi spéciale.

Au 31 décembre 2004, 6404 intermédiaires financiers non soumis à une loi spéciale étaient enregistrés. C'est sans doute ici que la contribution du secteur privé est la plus déterminante dans la mesure où à fin 2004, seuls 333 intermédiaires financiers avaient choisi d'être assujettis directement à l'Autorité de contrôle alors que 6071 étaient affiliés à l'un des 11 organismes d'autorégulation reconnus par l'Autorité de contrôle^{11, 12}.

Or, les Organismes d'autorégulation dans les domaines non soumis à une législation spéciale («OAR») doivent satisfaire à des exigences strictes pour être reconnus comme tels par l'Autorité de contrôle, ce qui implique à la charge de l'économie la mise en œuvre de moyens très conséquents, que ce soit sous

l'angle financier ou sous celui des disponibilités et des compétences.

On rappellera à cet égard qu'aux termes des art. 24 al. 1 et 25 LBA, les OAR doivent:

- disposer d'un règlement précisant à l'attention de leurs affiliés les obligations de diligence et les modalités d'application de ces dernières, définissant les conditions d'affiliation et d'exclusion, le mode de contrôle et les sanctions en cas de violation de la LBA ou du règlement;
- veiller à ce que leurs affiliés respectent effectivement les obligations de diligence et, en particulier, disposent d'une formation adéquate;
- garantir que les personnes chargées des contrôles ou révisions (contrôles périodiques et enquêtes particulières) disposent des connaissances professionnelles requises, présentent toutes les garanties quant à une activité de contrôle irréprochable et sont indépendantes de la direction et de l'administration des intermédiaires financiers qu'elles doivent contrôler.

En outre, les OAR doivent fournir un certain nombre d'informations à l'Autorité de contrôle dont un rapport annuel détaillé, et il leur incombe de communiquer au Bureau de communication tout cas de soupçon fondé au sens de l'art. 9 LBA porté à leur connaissance et qu'un affilié aurait omis de communiquer lui-même (art. 26 et 27 LBA).

Enfin, si les conditions légales ne sont plus remplies par un OAR, l'Autorité de contrôle a la compétence de lui retirer sa reconnaissance (art. 28 LBA).

C'est dire que le rôle d'un OAR n'est pas celui d'une organisation purement privée, facultative et accessoire, mais bien d'un organisme auquel est dévolu la tâche de mettre en œuvre pleinement la lutte contre le blanchiment d'argent telle que définie dans la LBA.

Il s'agit d'une mission didactique, préventive, mais aussi répressive, qui est exercée par l'économie privée alors même que cette tâche, de droit public, est manifestement du ressort naturel de l'Etat.

De cette manière, l'Autorité de contrôle peut se limiter à vérifier le fonctionnement des 11 OAR existant à ce jour, sans avoir à se soucier elle-même d'assurer les procédures d'admission, de formation, de révision et de sanctions relatives à des milliers d'intermédiaires financiers.

L'Autorité de contrôle est apparemment satisfaite du travail des OAR et aucun OAR n'a, à notre connaissance, été menacé d'un retrait de reconnaissance. Dans son Rapport concernant le bilan de l'autorégulation, du 31 mars 2005, l'Autorité de contrôle est même extrêmement élogieuse puisqu'elle indique entre autres motifs de satisfaction notamment que:

- «les OAR assument leurs tâches de surveillance dans le domaine de la lutte contre le blanchiment d'argent avec diligence et garantissent une surveillance de qualité équivalente à celle d'une autorité publique de surveillance»¹³;

13 Cf. Rapport de l'Autorité de contrôle concernant le bilan de l'autorégulation, du 31 mars 2005, p. 2.

9 Cf. Brochure de l'Administration fédérale «la lutte contre le blanchiment d'argent», Etat: octobre 2003, p. 52, ch. 2.2; www.dff.admin.ch et www.bpv.admin.ch.

10 Cf. Brochure de l'Administration fiscale, op. cit. p. 62, ch. 5.2; www.esbk.admin.ch.

11 Cf. Rapport annuel 2004 de l'Autorité de contrôle, p. 40.

12 A fin 2004, l'OAR de la Chambre fiduciaire a mis un terme à son activité (392 affiliés à fin 2003). Les 11 OARs actuellement reconnus sont:

- VQF Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen, Zoug; www.vqf.ch (1685 affiliés au 31 décembre 2004);
- La Poste Suisse – OAR Poste, Berne (1);
- Chemins de fer fédéraux suisses – OAR CFF, Berne (13);
- Association suisse des gérants de fortune (ASG), Zurich; www.vsv-asg.ch (778);
- Organismo di Autodisciplina dei Fiduciari del Cantone Ticino (OAD FCT), Lugano; www.occt.ch/oad/welcome.cfm (514);
- OAR Fédération Suisse des avocats et Fédération Suisse des notaires (OAR FSA /FSN), Berne; www.swisslawyers.com (1063);
- Association romande des intermédiaires financiers (ARIF), Genève; www.arif.ch (442);
- Association Suisse des Sociétés de Leasing (ASSL), Zurich; www.leasingverband.ch (44);
- PolyReg Allg. Selbstregulierungs-Verein, Zurich; www.polyreg.ch (567);
- Organisme d'Autorégulation du Groupement Suisse des Conseils en Gestion Indépendants («GSCGI») et du Groupement Patronal Corporatif des Gérants de Fortune de Genève («GPCGFG») (OAR-G), Genève; www.oarg.ch (210);
- Union Suisse des fiduciaires SRO-STV/USF, Lucerne; www.stv-usf.ch (401).

- «la création, en Suisse, d'une surveillance en matière de lutte contre le blanchiment couvrant l'ensemble des secteurs concernés aurait pris beaucoup plus de temps sans l'autorégulation et [qu'] elle ne serait peut être pas achevée à ce jour»¹⁴.

Les 11 OAR revêtent donc une importance primordiale dans la mesure où ils déchargent l'Etat de tâches considérables. Par ailleurs, leur proximité du «terrain» est précieuse. Qu'ils soient rattachés à une profession spécifique ou qu'ils soient «généralistes», les OAR disposent en effet de connaissances pratiques qui les rendent particulièrement à même d'assurer la mise en œuvre concrète de la LBA dans les professions exercées par leurs affiliés respectifs.

Quant au Forum OAR-LBA (le «Forum»), qui réunit les 11 OAR, il fournit lui aussi une contribution utile dans ce domaine. En effet, à l'occasion de ses quatre réunions annuelles, il permet d'utiles échanges d'expériences entre les OAR, mais également avec des représentants de l'Autorité de contrôle, du Bureau de communication, de l'ASB, ainsi que de l'OAR ASA et de l'OAR FSC.

Par ailleurs, le Forum permet de dégager une position commune dans un certain nombre de cas, en complément aux initiatives individuelles de chaque OAR, que ce soit à l'égard de divers projets émanant de l'Autorité de contrôle¹⁵ ou de développements législatifs tels que par exemple l'Avant-Projet et les rapports émanant de la Commission d'experts Zimmerli¹⁶.

En outre, l'Autorité de contrôle a récemment manifesté son intérêt à la création d'un «Comité de coordination» composé d'une délégation de l'Autorité de contrôle et d'une délégation du Forum, Comité qui a tenu sa première séance le 20 mai dernier.

Enfin, le Forum s'efforce de mieux faire connaître et comprendre le système d'autorégulation «à la Suisse», que ce soit dans les cercles politiques, les médias ou à l'occasion de manifestations telles que celle tenue aujourd'hui.

On peut donc retenir, en toute modestie, que la contribution du secteur privé à la lutte contre le blanchiment d'argent, déjà non négligeable dans les domaines d'activité régis par une loi spéciale, est tout simplement primordiale dans les domaines de compétence des 11 OAR et du Forum OAR-LBA.

Malgré le constat extrêmement plaisant que nous venons de faire, il n'est pas interdit de s'interroger tout de même sur les limites éventuelles de cette contribution.

Qu'ils soient créés dans un domaine régi par une loi spéciale ou non, les Organismes d'autorégulation¹⁷ ne sont pas dotés de la force publique.

Ainsi, par exemple, les organes des OAR ne peuvent pas contraindre un affilié récalcitrant à ouvrir ses portes à un contrô-

leur, réviseur ou chargé d'enquête et encore moins saisir des documents sans l'agrément de l'affilié.

De prime abord, il s'agit d'un inconvénient important pour une application efficace de la LBA.

Toutefois, en pratique, tel n'est pas le cas.

En premier lieu, l'autorité pénale fédérale ou cantonale compétente peut évidemment procéder à des perquisitions et à des saisies lorsque les conditions légales sont remplies et ceci sans égard au fait qu'un intermédiaire financier est assujéti directement à une autorité administrative (telle que l'Autorité de contrôle ou la CFB) ou est affilié à un OAR.

De plus, un affilié encore récalcitrant après avoir reçu un avertissement s'expose à des sanctions comprenant l'exclusion et l'amende conventionnelle.

Or, l'exclusion d'un OAR est une mesure grave dans la mesure où, en fonction des motifs de l'exclusion, l'intermédiaire financier concerné pourra devoir cesser toute activité d'intermédiaire financier au sens de la LBA. En effet, selon les circonstances, il lui sera impossible d'obtenir une affiliation auprès d'un autre OAR ou de s'assujétir directement à l'autorité administrative dont il relève. On rappellera à cet égard que les OAR sont notamment tenus d'informer l'Autorité de contrôle des affiliés qui sont frappés d'une sanction d'exclusion¹⁸ et que ces derniers doivent impérativement avoir été admis, dans les deux mois suivant l'exclusion, au sein d'un autre OAR ou par l'Autorité de contrôle¹⁹.

A défaut, l'intermédiaire financier concerné sera considéré comme exerçant une activité sans autorisation au sens de l'art. 36 LBA²⁰.

Enfin, en ce qui concerne les sanctions, les OAR prévoient tous qu'elles peuvent faire l'objet d'un recours à une instance arbitrale, en analogie plus ou moins proche avec le système prévu par l'ASB dans les éditions successives de la CDB²¹. Dès lors qu'il s'agit d'arbitrages internes, les dispositions impératives du Concordat suisse sur l'arbitrage sont applicables («CSA»)²².

Or, en son article 44, le CSA prévoit la possibilité d'obtenir de l'Autorité judiciaire compétente au siège du Tribunal arbitral²³ une «Déclaration de force exécutoire» de la sentence arbitrale rendue (aux conditions énumérées dans l'article précité).

18 Cf. art. 27 al. 1 LBA.

19 Cf. par analogie, art. 28 al. 2 et al. 3 LBA et Lettre d'information de l'Autorité de contrôle du 23 janvier 2001.

20 Art. 36 al. 1: «Quiconque aura agi en qualité d'intermédiaire financier au sens de l'art. 2, 3^e alinéa sans avoir d'autorisation (art. 14) ou sans être affilié à un organisme d'autorégulation sera puni d'une amende de 200 000.– francs au plus. En cas de récidive, l'amende s'élève au minimum à 50 000.– francs».

21 Cf. art. 13 CDB 03.

22 Dans un arrêt du 14 mars 2005, l'Obergericht du canton de Zurich, qui était appelé à statuer sur un recours en nullité contre une sentence arbitrale rendue suite à une décision de sanction prononcée par un OAR, s'est considéré comme étant incompétent. Le Tribunal a en effet retenu que le litige n'était pas arbitral (art. 5 CSA) car le droit litigieux n'était pas de la libre disposition des parties, la sanction ayant été prononcée en relation avec une obligation prescrite par la LBA, donc de droit public. En revanche, le Tribunal d'appel du canton du Tessin a, pour sa part, dans trois arrêts du 23 mai 2005, reconnu sa compétence en tant qu'autorité de recours selon les art. 3 et 36 CSA.

23 Cf. art. 3 CSA.

14 Cf. Rapport de l'Autorité de contrôle concernant le bilan de l'autorégulation, du 31 mars 2005, p. 3.

15 Cf. par exemple le projet d'ordonnance sur la taxe de surveillance et les émoluments de l'Autorité de contrôle, du 1^{er} mars 2005.

16 Cf. 1^{er} Rapport partiel de juillet 2003 et 2^e Rapport partiel d'août 2004; www.dff.admin.ch.

17 On peut assimiler sur ce point les organes d'application de la CDB 03, soit la Commission de surveillance et les chargés d'enquête.

Bien entendu, comme dans toute activité humaine les *conflits d'intérêts* ne peuvent jamais être totalement exclus.

Toutefois, il convient de se garder de tout procès d'intention. Les organes en charge des OAR sont parfaitement conscients que leur rôle comporte des éléments très importants qui ne ressortent pas uniquement du droit privé, mais également du droit administratif.

Ils sont donc, de manière générale, très sensibles au souci d'éviter les risques de conflits d'intérêts et se récusent volontairement lorsque de tels risques existent.

Tous les OAR prévoient dans leurs statuts des dispositions relatives à la récusation et ni les rapports annuels de l'Autorité de contrôle, ni le rapport concernant le bilan de l'autorégulation ne font état de dysfonctionnements constatés à ce sujet.

La LBA ne prescrit *aucune surface financière minimale* aux OAR. On pourrait donc imaginer qu'un jour ou l'autre, un OAR se trouve face à des difficultés financières importantes et durables, donc susceptibles de mettre en péril sa faculté d'accomplir sa mission. Un tel risque ne touche évidemment pas les structures étatiques malgré l'ampleur actuelle des déficits du secteur public.

Le fait que les OAR soient soumis à une surveillance rend toutefois relativement improbable une «faillite» d'un OAR. En effet, l'Autorité de contrôle (tout comme, le cas échéant, les autorités de surveillance instaurées par une loi spéciale) ne manquerait pas d'intervenir rapidement si elle venait à constater des défauts graves et récurrents dont l'origine serait due à des ressources financières insuffisantes.

L'Autorité de contrôle pourrait brandir la menace du retrait de la reconnaissance si un OAR ne remédiait pas rapidement à la situation²⁴. Il est alors très vraisemblable que l'OAR concerné augmenterait de manière appropriée les finances d'affiliation et autres contributions éventuelles, aux fins de mieux couvrir les frais générés par son administration générale ou par les contrôles périodiques et enquêtes particulières.

Dans l'hypothèse où l'OAR refuserait de remédier à la situation ou encore échouerait dans sa tentative d'y remédier, il se verrait retirer sa reconnaissance et les intermédiaires financiers qui lui étaient affiliés disposeraient du délai légal de 2 mois pour s'affilier à un autre OAR ou demander leur assujettissement direct à l'Autorité de contrôle²⁵.

Dès lors, le risque financier n'est ici pas aussi réel qu'il n'y paraît au premier abord.

En revanche, plus délicate est ici la question connexe de la *couverture de la responsabilité des OAR*. En effet, on ne peut exclure qu'un OAR doive un jour faire face à une action en dommages et intérêts de la part de l'un de ses affiliés, au motif qu'une décision erronée de sa part aurait engendré un dommage, par exemple sous la forme d'un manque à gagner.

Certains OAR sont parvenus à conclure des assurances à cet effet, mais l'expérience montre que la couverture et la somme assurée ne seront pas nécessairement suffisantes.

Il convient à ce propos de prendre en compte le fait que si, pour certains affiliés, l'activité d'intermédiaire financier n'est que fortement accessoire, pour d'autres intermédiaires financiers, il s'agit d'une activité essentielle. Le risque de prétentions en dommages et intérêts en est d'autant plus grand.

Comme mentionné plus haut, les OAR accomplissent des tâches qui naturellement sont du ressort de l'Etat (droit administratif). En outre, si les personnes composant les organes des OAR ne sont pas nommées par l'autorité administrative, elles doivent néanmoins obtenir l'agrément de la part de cette autorité. Il en va de même d'un OAR: il peut certes être constitué en vertu du droit privé, mais il ne pourra être opérationnel qu'une fois l'agrément obtenu de l'autorité administrative.

Dès lors, il convient de faire en sorte que dorénavant, les personnes exerçant les fonctions d'organes des OAR soient reconnues comme étant couvertes par la loi sur la responsabilité de la Confédération («LR»)²⁶.

Enfin, si la *solidité financière* des OAR dépend avant tout de l'adéquation des finances d'affiliation et autres contributions payées par les affiliés avec les frais de fonctionnement des OAR, elle *dépend aussi du volume des ponctions financières opérées par la Confédération sur les OAR*.

A cet égard, il est essentiel que l'Etat fasse preuve de modération, sous peine d'alourdir excessivement la charge des OAR et donc, en définitive, la charge que l'économie privée supporte dans le cadre de la mise en œuvre de la lutte contre le blanchiment d'argent. Et le pire serait que des ponctions excessives de la part de l'Etat conduisent l'ensemble des OAR ou une majorité d'entre eux, en désespoir de cause, à mettre fin volontairement à leur activité. On peut alors aisément imaginer l'impact négatif qu'une telle décision engendrerait, tout particulièrement pour l'image de notre pays.

Les OAR et leurs affiliés sont résolus à ne pas devenir les «vaches à lait de la Confédération».

Comme l'indique fort justement l'Autorité de contrôle dans son Rapport du 31 mars 2005, «s'il revenait à l'Etat d'exercer seul la fonction de surveillance, les ressources en personnel et les moyens financiers actuellement à la disposition de l'Autorité de contrôle ne lui permettrait pas d'assumer cette tâche. On peut donc supposer que la Confédération a réalisé des économies majeures, dans la mesure où ce sont avant tous les OAR qui se sont chargés de la mise en application de la loi sur le blanchiment d'argent et de la surveillance en la matière dans le secteur non bancaire»²⁷.

24 Cf. art. 28 al. 1 LBA.

25 Cf. art. 28 al. 2 et al. 3 LBA.

26 RS 170.32. Sont visés par la loi, non seulement les membres des instances exécutives, législatives et judiciaires, ainsi que les fonctionnaires et autres agents de la Confédération, mais également: «Toutes les autres personnes, dans la mesure où elles sont chargées directement de tâches de droit public de la Confédération»; cf. art. 1^{er} al. 1^{er}, let. f LR. On pourrait au besoin ajouter une lettre g) qui viserait spécifiquement les OAR au sens de la LBA.

27 Cf. Rapport de l'Autorité de contrôle du 31 mars 2005, p. 4.

Il conviendra dès lors de veiller à ce que la modification apportée récemment à l'article 22 LBA, en application du programme d'allègement budgétaire 2003 de la Confédération, ne conduise à une augmentation sensible des montants que l'Autorité de contrôle prélève auprès des OAR²⁸.

Il s'agira aussi de donner à une délégation des OAR – le cas échéant dans le cadre du Comité de coordination récemment créé – un droit de regard sur la comptabilité de l'Autorité de contrôle permettant de vérifier que cette dernière a une stricte gestion de ses frais de fonctionnement.

En définitive, *il importera de s'assurer que les OAR paient seulement des émoluments et taxes en strict rapport de causalité avec les frais qu'ils occasionnent (décisions et surveillance les concernant) et non pas pour des frais sans relation directe avec leur activité, au titre d'impôts déguisés*²⁹.

Conclusion

En comparaison internationale, les *mesures* de droit administratif prises par la Suisse dans le cadre de la lutte contre le blanchiment d'argent sont *ambitieuses au moins à trois titres*.

Premièrement, aucun autre pays n'a jusqu'ici visé réellement, c'est-à-dire concrètement, un aussi large cercle de personnes et d'entreprises. Les initiatives prises en vue de l'extension de ce

cercle également dans d'autres pays ne sont que très récentes et leur portée pratique est encore souvent bien aléatoire.

En deuxième lieu, aucun autre pays n'a jusqu'ici eu une conception aussi extensive de l'objet de la diligence nécessaire. Les Etats étrangers ont encore trop souvent une tendance à focaliser la nécessité de diligence sur l'obligation d'annoncer les soupçons de blanchiment, alors que le système suisse attache, pour sa part, une importance en tout cas équivalente à la mise en œuvre d'autres obligations telles que l'identification du co-contractant et de l'ayant droit économique, la prise en compte du risque concret dans certaines relations d'affaires ou transactions présentant un risque accru, la formation et, de manière générale, la nécessité pour chaque intermédiaire financier de faire preuve d'une organisation adaptée au volume et au genre d'activités conduites.

Enfin, le système suisse se distingue en ce sens qu'il ne se contente pas d'énoncer des obligations mais qu'il fait en sorte que leur respect soit vérifié périodiquement, et ceci même en l'absence de tout indice de blanchiment d'argent.

Dans de telles circonstances, il n'est guère pensable que l'Etat puisse avoir seul le moyen de ses ambitions en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, et il ne le prétend d'ailleurs pas.

Le principal atout que nous avons en Suisse est, comme j'ai tenté de le démontrer, *de pouvoir compter sur la très forte contribution de l'économie privée à de multiples niveaux, assurant par là une rapide et large diffusion des obligations de diligence définies par le droit administratif et leur application concrète*.

Dès lors, il est impératif que le secteur privé puisse compter sur le soutien résolu de l'Etat. Nous avons vu au moins deux cas dans lesquels il serait souhaitable que ce soutien se manifeste sans attendre:

- *d'abord, dans le cadre du maintien, de la cohérence du système, qui commande une grande retenue législative, notamment quant à toute modification du point d'ancrage de la LBA (activité d'intermédiaire financier);*
- *ensuite à propos des ponctions financières sur les OAR, lesquelles doivent impérativement rester raisonnable et strictement causales, pour que l'économie privée puisse continuer à les accepter.*

Je veux croire que ce soutien se confirmera sous bien d'autres formes encore, de sorte que la contribution constructive du secteur privé constituera encore longtemps un atout décisif du système suisse de prévention contre le blanchiment d'argent. ■

28 Cf. ch. 17 de la Loi sur le programme d'allègement budgétaire 2003, dont le contenu est le suivant:

«Art. 22 Emoluments et taxe de surveillance

¹ L'autorité de contrôle perçoit des émoluments pour les décisions qu'elle prend et les prestations qu'elle fournit. Elle perçoit en outre chaque année une taxe de surveillance auprès des organismes d'autorégulation et des intermédiaires financiers qui lui sont directement soumis.

² La taxe de surveillance couvre les frais de surveillance dans la mesure où le produit des émoluments n'y suffit pas. Elle est fixée sur la base des frais encourus l'année précédente par l'autorité de contrôle.

³ Pour les organismes d'autorégulation, la taxe de surveillance est calculée en fonction du rendement brut et du nombre d'affiliés, et pour les intermédiaires directement soumis à l'autorité de contrôle, en fonction du rendement brut et de la taille de l'entreprise.

⁴ Le Conseil fédéral règle les modalités, en particulier le tarif des émoluments, les frais de surveillance à prendre en compte et la répartition de la taxe de surveillance entre les organismes d'autorégulation et les intermédiaires financiers directement soumis à l'autorité de contrôle.»

29 On peut citer en particulier les frais liés aux intermédiaires financiers assujettis à l'Autorité de contrôle, les frais engendrés par la police du marché (traque des intermédiaires financiers pratiquant sans autorisation) et par la coopération internationale (par ex. relations avec le GAFI). Le Forum ainsi que plusieurs OAR, dont l'OAR FSA/FSN, ont récemment pris position de manière très critique au sujet du projet d'ordonnance sur la taxe de surveillance et les émoluments de l'Autorité de contrôle, mis en consultation le 1^{er} mars 2005. Le Professeur Xavier Oberson a également rendu un avis dans ce cadre.

Stephan Loretan*

Business Continuity Management in der Anwaltskanzlei

Stichworte: IT-Sicherheit, Schutzbedarfs-Analyse, Business Continuity Management, IT-Service-Continuity Management, IT-Security-Cycle, Datensicherheit, Vertraulichkeit

Kann in einem Unternehmen eine IT-Panne verhindert werden, so erfährt die Öffentlichkeit in der Regel nichts. Erst wenn ein Ausfall zu ernsthaften Auswirkungen in der Leistungserbringung führt, können die Vorkommnisse nicht mehr verheimlicht werden. Die entstandenen Probleme sind vielfältig und je nach Tätigkeitsbereich unterschiedlich in Auswirkung und Bedeutung. Für eine Anwaltskanzlei lassen sich Vorkommnisse im Ausfall der Büroautomation oder in einer ungenügend geschützten Kommunikations-Infrastruktur vorstellen. Als Folge davon sind beispielsweise die verspätete Erstellung von Prozess-Unterlagen und der Zugang zu sensiblen und vertraulichen Informationen denkbar. Daraus resultieren wohl nicht nur finanzielle Schäden, sondern auch rechtliche Ansprüche. Nicht zu unterschätzen wären dabei die negativen Auswirkungen bezüglich Ruf und Ansehen der betroffenen Kanzlei. Neben den «hausgemachten» Ursachen einer IT-Panne trägt auch das Zusammenfinden von Hacker-Wissen, kriminellen Antrieb und finanziellen Bereicherungsabsichten das Seine dazu bei, dass in der IT-Sicherheit eine neue Epoche eingeleitet ist – sie betrifft Alle und Jeden.

Notwendige IT-Sicherheit

Die oben erwähnten Beispiele zeigen, dass sich Anwaltskanzleien wie alle anderen Unternehmen mit dem Thema Sicherheit in der IT ernsthaft auseinander zu setzen haben. Dazu gehören auch Überlegungen, wie sich der Geschäftsbetrieb in kritischen Situationen aufrecht erhalten lässt. Das Ziel dabei ist, grössere Störungen von geschäftskritischen Prozessen, die beispielsweise durch Hard- und Software-Defekte verursacht werden können, möglichst zu vermeiden oder in ihren Auswirkungen zu begrenzen. Eine konsequente Betrachtung der IT-Sicherheit und ihrer Bedürfnisse ist daher unerlässlich. Dabei steht weniger die quantifizierte Messbarkeit von Sicherheit im Vordergrund als viel mehr die Diskussion um die eigentlichen Bedürfnisse der IT-Sicherheit. Diese beginnt mit der Schutzbedarfs-Analyse und der Erhebung des Sicherheits-Ist-Zustandes der Informatik. Daraus ergibt sich der Soll/Ist-Vergleich und ein allfälliger Massnahmen-

plan. Dreh- und Angelpunkt dieser Methode ist die von Beginn weg stattfindende Auseinandersetzung mit dem notwendigen Schutzbedarf eines Geschäftsprozesses. Im Gegensatz zu den oft theoretischen Konzepten der IT-Sicherheits-Messungen weist die Schutzbedarfs-Diskussion einen grossen Praxisbezug auf. Die erarbeiteten Ergebnisse lassen sich nämlich unmittelbar in konkreten Massnahmen umsetzen und bilden so die Grundlagen für die benötigten Business-Continuity-Strategien.

Von der Schutzbedarfs-Analyse . . .

Im Zentrum der ersten Phase (Schutzbedarfs-Analyse der Prozesse) steht die Fragestellung, wie sicher und zuverlässig eine Anwaltskanzlei und die darin abgewickelten Dienstleistungen sein müssen. Die Antworten dazu müssen vom Betreiber aber vor allem auch vom Kunden, also der Anwaltskanzlei als «Prozesseigentümer», selbst kommen. Sie lassen sich in den vier *Schutzbedarfs-Dimensionen* – *Verfügbarkeit*, *Datenexistenz*, *Integrität* und *Vertraulichkeit* – darstellen.

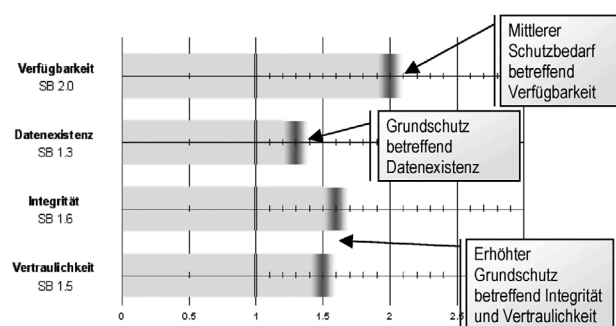


Abb. 1: Die Anforderungen werden in vier Dimensionen zu je einem Wert konsolidiert

- Die *Verfügbarkeit* bezieht sich auf die Funktionsfähigkeit, den eigentlichen lauffähigen Betrieb der eingesetzten Lösung und ist zukunftsorientiert; die IT soll so betrieben werden, dass die Systeme ab dem aktuellen Zeitpunkt in die Zukunft hinein verfügbar sind.
- *Datenexistenz*: Die Dimension Datenexistenz ist in der Schutzbedarfs-Diskussion bewusst von der Verfügbarkeit der Systeme getrennt. Grund dazu ist, dass die Ursachen und die Folgen von nicht verfügbaren Systemen oder nicht vorhandenen Daten unterschiedlich sein können. Zudem ist sie vergangenheitsorientiert, indem die IT so betrieben werden soll, dass keine Daten von heute, gestern und früher verloren gehen dürfen.

* Stephan Loretan, lic. oec. HSG, befasst sich bei der BSG Unternehmensberatung mit Projekten in den Bereichen IT-Security, Organisation und Projektmanagement. Davor war er während mehrerer Jahre in einem Finanzdienstleistungsunternehmen tätig. Dort leitete er u. a. den Bereich Operations. Die BSG Unternehmensberatung bietet seit über zwanzig Jahren Sicherheitsberatung und -audits an. Die während dieser Zeit erarbeitete Erfahrung und Methodik ist in einem Toolset zusammengefasst und erlaubt mit geringem Aufwand eine Zustandsanalyse der IT jeder Grösse und Ausprägung (www.bsg.ch und www.bsgitsec.ch).

- **Integrität:** Mit der Integrität der Daten wird die inhaltliche Richtigkeit der Informationen angesprochen. Fehler in den Daten haben in der Regel direkte Auswirkungen auf das Vertrauen von Klienten und Prozessparteien. Kaum vorstellbar, welche Auswirkungen ein Plädoyer hat, das sich in seinen Aussagen auf verfälschte Informationen bezieht.
- Die **Vertraulichkeit** der Daten ist für eine Anwaltskanzlei wohl ein absolutes Muss und zwingend. Ein Bekanntwerden von Informationen schädigt das Image und das Vertrauen aller Beteiligten massiv.

Mittels des Risikodialogs wird den Verantwortlichen somit ermöglicht, den Schutzbedarf im Sinne von Anforderungen an die Informatik (Sicherheit und Grundversorgung) zu benennen. Dabei müssen sie sich nicht direkt mit der eigentlichen Informatik-Technologie auseinandersetzen. Im Dialog sind Fragen nach der Wirkung von Fehlern und Unterbrüchen im Geschäftsprozess zu beantworten. Damit werden die Verantwortlichen in den Themen angesprochen, wo sie sich auskennen: Bei der täglichen Arbeit. Die Ursache der (besprochenen) Fehler kann (muss aber nicht) in der Informatik liegen. Entsprechend der Schwere der Auswirkungen kann nun abgeleitet werden, wie hoch die Anforderungen an die oben aufgezeigten Sicherheits-Dimensionen sind.

... zur Bewältigung von Ausnahmesituationen

Nach der Bestimmung des notwendigen Schutzbedarfs folgt die Festlegung des akzeptierbaren Risikos. Wie gross ist die Bereitschaft, gewisse Risiken ungeschützt zu tragen und in welchen Bereichen werden Sicherheitsmassnahmen ergriffen? Antworten zu diesen Fragen sind Vorgaben für das Business Continuity Management (BCM), welches der folgenden Zielsetzung zu entsprechen hat:

- Reduktion des Risikos für die Geschäftsprozesse und den Geschäftsgang auf ein jeweils *vertretbares Niveau*.
- Planung und Disposition der Aktivitäten für und während der Wiederherstellung der Dienste im und nach dem Schadenfall.

Mit anderen Worten ausgedrückt: Mit einem BCM wappnet sich die Unternehmung für den Notfall und schafft sich eine Grundlage, diesen bestmöglich zu bewältigen. Ein umfassendes BCM betrachtet die unterschiedlichsten Bereiche: Prozesse, Infrastruktur, Personal und IT.

Das BCM kümmert sich also nicht nur um die Komponenten der IT (wie z. B. Hardware), sondern auch um Gebäude und Arbeitsplätze. Die Begründung dazu ist leicht nachvollziehbar: Was nützt einer Anwaltskanzlei die wieder intakte IT-Infrastruktur, wenn die Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden nach einem Bürobrand nicht mehr benutzbar sind! So hat das BCM für alle Bereiche,

- die operationellen Schwachstellen und Risiken aufzuzeigen,
- die präventiven Massnahmen zur Risikovorsorge zu entwickeln und umzusetzen,
- Vorkehrungen und Anordnungen für den Ersatz von Ressourcen und Prozessen zu veranlassen und
- stufengerechte Notfallpläne bereitzustellen und einzuüben.

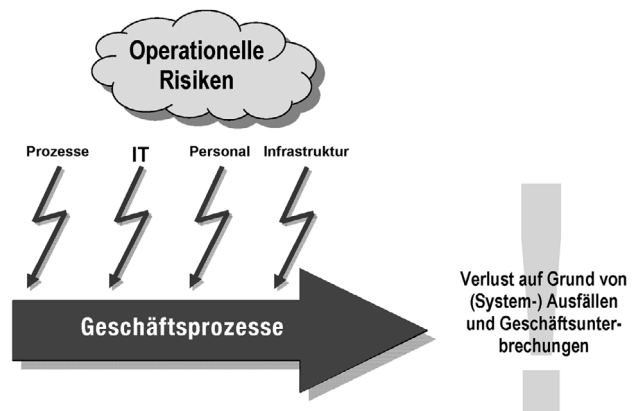


Abb. 2: Risiken

Alles hat unter der Zielsetzung der raschen und eingeplanten Wiederherstellung des Geschäftsbetriebes zu erfolgen – im Fall einer Anwaltskanzlei mit möglichst geringen Auswirkungen auf Klienten und die aktuellen Mandate und Prozesse. Eine wahrlich bedeutende Herausforderung, die nur durch ein konzeptionelles und strukturiertes Vorgehen bewältigt werden kann. Auch wenn sich die anstehenden Arbeiten für ein BCM als zeit- und arbeitsintensiv darstellen sind die notwendigen Vorkehrungen unabhängig von der Grösse einer Anwaltskanzlei durchzuführen. Kleine Kanzleien sind genauso bedroht wie grosse Anwaltsbüros, sie haben die gleichen Sicherheitsbedürfnisse. Dabei werden die Gefahren immer komplexer, die Ressourcen bleiben aber knapp.

IT-Service-Continuity Management

Obwohl in der BCM-Diskussion verschiedene Bereiche zu betrachten sind, bildet die IT eine der wichtigsten Komponenten für die Kontinuität des gesamten Geschäftsbetriebes. Im gesamten BCM kommt ihr eine äusserst bedeutende Stellung zu, die durch die spezifische Betrachtung eines expliziten und umfassenden *IT-Service-Continuity Management (ITSCM)* entsprechend zu berücksichtigen ist. Unter dem Begriff «IT-Service» ist die gesamte IT-Dienstleistungserbringung zu verstehen. Eine der Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches ITSCM ist wie bereits erwähnt die Festlegung der Verfügbarkeitsanforderungen mittels der Schutzbedarfs-Diskussion für die wichtigsten Prozesse. Dabei wird für den Fall einer IT-Panne eine möglichst unterbrechungsfreie Weiterführung der Geschäftstätigkeit angestrebt. Dieses Ziel lässt sich nicht nur mit technischen Massnahmen erreichen – von ebenfalls grosser Wichtigkeit sind die organisatorischen Vorkehrungen! Ein umfassendes ITSCM umfasst folgende Elemente:

- Das eigentliche *IT-Continuity-Management*, welches sich mit präventiven Vorbereitungen, Schutzvorkehrungen und mit der Bildung von Redundanzen befasst. Zu nennen sind beispielsweise die Erstellung von Backups, die Vorbereitung von Ausweichrechenzentren und die Realisierung von Notstromversorgungen.
- Das *Emergency-Management*, welches sich der Zeitdauer kurz nach dem Eintreten des Schadeneignisses annimmt. Wichtig ist hier insbesondere die Festlegung der Aktivitäten der so genannten «ersten fünf Minuten»: Notfallpläne, Eskalation

lationsprozesse und Krisenstäbe bilden bedeutende Aspekte in diesem Bereich.

- Das *IT-Contingency-Management* befasst sich mit der Überbrückung der reduzierten Ressourcenverfügbarkeit der IT und stellt Not- und Ersatzlösungen zur Verfügung. Die Sicherstellung für die *manuelle* Abwicklung der wichtigsten Geschäftsprozesse steht dabei üblicherweise im Vordergrund.
- Das *Disaster-Recovery* kümmert sich um die Massnahmen zum Wiederanlauf der IT sowie für die Rückkehr zum Normalbetrieb, mit den damit verbundenen Abläufen und Verantwortlichkeiten. Dazu gehört insbesondere auch die Nachfassung verlorener Daten.

Für eine effektive Bewältigung des möglichen Notfalls sind die aufgezeigten Elemente sowohl auf der Seite der Benutzer als auch beim Betreiber der Informatik mit grösster Sorgfalt zu betrachten und vorzubereiten.

IT-Security-Cycle

Der Aufbau und die Pflege des ITSCM stellt hohe Anforderungen an die gesamte Unternehmung: Obwohl der Notfall (noch) nicht eingetreten ist, müssen sich die verantwortlichen Stellen damit in regelmässigen Abständen beschäftigen («was wäre wenn...?») und werden dabei vom stets dringenden Tagesgeschäft abgehalten: In diesem Prozess sind die Aktivitäten eines *IT-Security-Cycles* sehr hilfreich (siehe *Abbildung 3*).

- *Konzipieren*: Planen und anordnen von IT-Sicherheits-Vorgaben in geschäftlichen Aktivitäten und ermitteln des geforderten Schutzbedarfs.
- *Konstruieren*: Gestalten und umsetzen von Massnahmen, welche die notwendigen Vorgaben berücksichtigen.

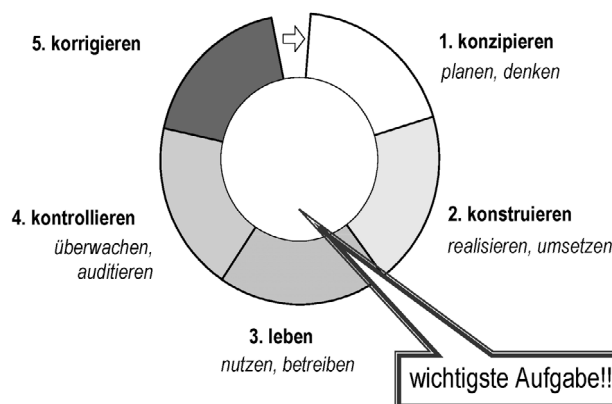


Abb. 3: Security Cycle

- *Leben*: Sicherheitsbewusstes Nutzen und Anwenden der Systeme.
- *Kontrollieren*: Regelmässiges Überprüfen der Systeme und Geschäftsapplikationen und erstellen von zweckdienlichen Auswertungen.
- *Korrigieren*: Durchführen von Soll/Ist-Vergleichen und einleiten von Korrekturmassnahmen auf dem Weg der kontinuierlichen Verbesserung.

Die Erfahrung zeigt, dass, sofern sich alle beteiligten Stellen an den IT-Security-Cycle halten und so den Elementen eines umfassenden ITSCM die notwendige Bedeutung schenken, die Voraussetzung geschaffen ist, einem Notfall ohne Angst jedoch mit dem notwendigen Respekt entgegen zu treten. So kann ein Krisenfall, trotz seiner negativen Ausprägung, rasch, effektiv und mit minimaler materieller Schadenauswirkung bewältigt werden. ■



Entracte · Justitia (Forts.)

Soupe de Poissons

»Manchmal beneide ich dich richtig, Heinz«, murmelte Pat und liess die Eiswürfel in seinem Whiskyglas kreisen. »Du bist so ruhig und ausgeglichen. Machst du Unterwasser-Yoga oder so was?«

Er beobachtete, wie der Goldfisch im Pool seine Runden drehte, und seine Gedanken wanderten zurück zum Beginn des Abends. Er war dem schwarzen Merc vom Hauptquartier des Weissen Windes im Laufental bis in die Basler Dreilandgasse gefolgt. Dort, vor ihrer gemeinsamen Kanzlei, hatte die Limousine angehalten und sein Anwaltskollege René Schmied war ausgestiegen. Der Typ, der Pat kurz nach seiner Ankunft aus New York wegen der Verwechslung mit einem Clochard beinahe abgemurkst hatte, stand also in Verbindung mit dem Weissen Wind.

»Heinz, was hältst du von diesem René Schmied?« Pat nahm einen Schluck Whisky. »Der Typ ist doch nicht sauber. Unser Herr Vorzeigeanwalt.«

Nach der Beobachtung hatte Pat seinen alten Porsche durch die halbe Stadt gejagt. Mit 22 Minuten Verspätung und sichtbaren Spuren von der nachmittäglichen Kraxelei durchs Unterholz stürzte er schliesslich in das Restaurant, in dem er mit Amanda verabredet war. Sie stand direkt hinter der Eingangstüre, die blonden Haare wie immer straff zurückgebunden. Sie wollte gerade gehen.

»Ich musste meinen ganzen Charme aufbieten. Aber sie ist geblieben. Wurde ein netter Abend.« Pat schaute in den Sternenhimmel über

seiner Dachterrasse, dann wieder auf seinen geschuppten Gesprächspartner. »Na ja, so nett auch wieder nicht. Ein bisschen steif, die ganze Sache. Sie war wohl ein wenig eingeschnappt, und ich hatte meinen Kopf woanders. Nimmst du auch einen Schluck?« Er goss einige Tropfen Whisky in den verschlammten Pool. »Zur Vorspeise gab es übrigens Soupe de Poissons.«

Ein Flossenschlag und der Goldfisch war zwischen den Algen verschwunden.

»Keine Angst, Heinz, nur mit Meeresfischen. Grosses Indianerehrenwort.«

Eine interessante Information hatte er Amanda entlocken können. »Die Sekte um diesen Jonas Janssen?«, hatte sie erwidert, als er das Gespräch auf den Weissen Wind gebracht hatte, »René hat schon Mandate von denen übernommen. Steuerrecht und so.« »Wie kann man ein Mandat von dieser Sekte übernehmen?«, hatte Pat sich ereifert, »das ist doch das Letzte.« »Würdest du diesen Leuten den rechtlichen Beistand verweigern, nur weil dir ihre Religion nicht passt? Ausserdem dürfte René ziemlich gut an diesen Mandaten verdient haben.« »So kann man die Sache natürlich auch sehen«, hatte Pat gebrummt. Bald darauf hatten sie das Lokal verlassen. Er hatte Amanda vor ihrer Wohnung abgesetzt und war auf einen Schlummertrunk nach Hause gefahren.

»Vielleicht sollte ich dir mal einen Kumpel kaufen«, raunte er in Richtung Pool. »Oder eine Freundin.« Er stellte das Glas auf den Boden und ging zu Bett.

© Martin O. Koch, Basel, moko@tele2.ch

Fortsetzung folgt . . .

■ Verfassungsrecht / Droit constitutionnel (I)

Art. 9 und 29 BV, Art. 5 BAV (Honoraransätze des bündnerischen Anwaltsverbandes); Zivilprozess, Parteientschädigung (rechtliches Gehör, Willkürverbot)

Aus dem Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 29 Abs. 2 BV) folgt unter anderem die grundsätzliche Pflicht der Behörden, ihren Entscheid zu begründen. Die Begründung muss so abgefasst sein, dass der Betroffene den Entscheid gegebenenfalls sachgerecht anfechten kann. Die Begründung muss kurz die wesentlichen Überlegungen nennen, von denen sich das Gericht hat leiten lassen und auf die sich sein Entscheid stützt. Nicht erforderlich ist hingegen, dass sich der Entscheid mit allen Parteistandpunkten einlässlich auseinander setzt und jedes einzelne Vorbringen ausdrücklich widerlegt (BGE 129 I 232 E. 3.2 S. 236; 126 I 97 E. 2b). Die verfassungsrechtlich geforderte Begründungsdichte ist nicht einheitlich festgelegt. Unter anderem gilt aber, dass umso höhere Anforderungen an die Begründung eines Entscheids zu stellen sind, je grösser der Spielraum ist, welcher der Behörde infolge Ermessen und unbestimmter Rechtsbegriffe zusteht (BGE 112 Ia 107 E. 2b S. 110).

Vorliegend ist das Kantonsgericht diesen Anforderungen gerecht geworden. Es hat seinen Entscheid gestützt auf sachliche Kriterien (Schwierigkeit des Falles, erforderlicher Einsatz) und in Beachtung der bisherigen Rechtsprechung gefällt und mit entsprechenden Erwägungen begründet. Die Begründung erlaubt nachzuvollziehen, wie das Kantonsgericht sein Ermessen ausübte und von welchen Überlegungen es sich leiten liess.

Von einer «unbesehenen» Übernahme des in den Honoraransätzen des BAV «als fakultativen Interessenwertzuschlag enthaltenen maximalen Pauschaltarifs» kann nicht die Rede sein. Das Kantonsgericht durfte angesichts des Interessenwertes von CHF 2 585 000.– von einem Zuschlag von 2% des Interessenwertes ausgehen, wie in Art. 5 Abs. 2 Satz 3 der Honoraransätze des BAV vorgesehen. Anschliessend prüfte es in Nachachtung von Art. 5 Abs. 3 der Honoraransätze des BAV die Angemessenheit des Zuschlags im Verhältnis zum Honorar nach Zeitaufwand. Die Beschwerdeführerin vermag nicht darzutun, dass das Kantonsgericht sein Ermessen in missbräuchlicher und damit willkürlicher Weise ausgeübt hätte. Wie bereits erwähnt, zog es sachliche Kriterien heran und berücksichtigte die bisherige Praxis. Wenn die Beschwerdeführerin behauptet, die Streitsache sei in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht einfach gewesen, so beharrt sie lediglich auf ihrem eigenen Standpunkt, ohne aufzuzeigen, dass und inwiefern die Annahme des Kantonsgerichts, es habe sich um eine anspruchsvolle Streitsache gehandelt, willkürlich sein soll. Ebenso wenig vermag die angebliche Ausserachtlassung des allgemeinen Gesichtspunktes, wonach die anwaltli-

che Arbeit und die anwaltliche Verantwortung nicht immer von der Höhe des Interessenwertes abhängen, den Vorwurf einer Verletzung «der aus Art. 9 und 29 BV abgeleiteten Begründungspflicht» zu belegen. Zum einen wird in der Beschwerdeschrift nicht aufgezeigt, dass die Beschwerdeführerin diesen Gesichtspunkt im kantonalen Verfahren vorgetragen hat. Zum andern ist ohnehin nicht erforderlich, dass sich das Gericht mit allen Parteistandpunkten einlässlich auseinander setzt.

Die Rüge einer Verletzung des Willkürverbots und der Begründungspflicht im Zusammenhang mit der Frage, ob der gewährte Interessenwertzuschlag in einem angemessenen Verhältnis zum Honorar nach Zeitaufwand steht, erweist sich als unbegründet.

(I. Zivilabteilung, 4P.67/2005, 9.5.2005, X c. Y und Kantonsgericht von Graubünden; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 9 BV; provisorische Rechtsöffnung (rechtliches Gehör)

Das Recht, angehört zu werden, ist formeller Natur. Die Verletzung des rechtlichen Gehörs führt ungeachtet der Erfolgsaussichten des Rechtsmittels in der Sache selbst zur Aufhebung des angefochtenen Entscheides. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung kann jedoch eine Gehörsverletzung als geheilt gelten, wenn der oberen Instanz die gleiche Kognition zusteht wie der unteren und keine besonders schwerwiegende Verletzung der Parteirechte zur Diskussion steht; die Heilung eines allfälligen Mangels soll aber die Ausnahme bleiben (BGE 127 V 431 E. 3d/aa S. 437 f.; 126 I 68 E. 2 S. 72). Vorliegend bezog sich die gestützt auf § 281 Abs. 1 ZPO/AG vorgenommene Ergänzung des Dispositivs auf die Rechtsöffnung für das Grundpfandrecht und damit auf eine im Rechtsöffnungsgesuch angeforderte Rechtsfolge. Dieses Gesuch wurde der Beschwerdeführerin zur Vernehmlassung zugestellt und sie konnte dabei zu sämtlichen Vorbringen des Gläubigers Stellung nehmen. Insofern hätte sie bei der unterbliebenen Gehörgewährung gemäss § 281 Abs. 2 ZPO/AG in materieller Hinsicht gar nichts vorbringen können, wozu sie nicht bereits im Rahmen der Vernehmlassung zum Rechtsöffnungsgesuch Gelegenheit hatte. Sodann gilt es zu beachten, dass bei der Errichtung eines Schuldbriefes eine Grundpfandforderung und ein Grundpfandrecht untrennbar in einem Wertpapier verbrieft werden, wobei das Grundpfandrecht aufgrund seiner strikten Akzessorietät nicht losgelöst von der gesicherten Grundpfandforderung bestehen kann (vgl. BGE 130 III 681 E. 2.3 S. 683) und sich der Rechtsvorschlag bei der Betreibung auf Grundpfandverwertung sowohl auf die Grundpfandforderung als auch auf das Grundpfandrecht bezieht (Art. 85 VZG), weshalb im Rechtsöffnungsverfahren offensichtlich über beide Elemente zu entscheiden ist. Aufgrund dieser besonderen Um-

Diese Rubrik enthält eine Auswahl der Rechtsprechung des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts unter Berücksichtigung von nicht zur Publikation vorgesehenen Entscheiden, von Änderungen und Präzisierungen der Rechtsprechung sowie von Entscheiden der kantonalen Gerichte und des Europäischen Gerichtshofes. Die Kurzfassungen werden jeweils in der Originalsprache des Urteils wiedergegeben.

Cette rubrique contient une sélection de la jurisprudence du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances tenant compte des décisions dont la publication n'est pas prévue, des changements de la jurisprudence, des décisions apportant une précision à la jurisprudence, ainsi que des décisions des tribunaux cantonaux et de la Cour de justice des Communautés européennes. Les résumés sont rédigés dans la langue originale du jugement.

stände ist im Zusammenhang mit § 281 Abs. 2 ZPO/AG nicht von einer besonders schwerwiegenden Verletzung der Parteirechte und damit von der Heilbarkeit der Gehörsverletzung vor Obergericht auszugehen, zumal dieses nach unbestrittener Darstellung über die gleiche Kognition wie die erste Instanz verfügt. Entsprechend erweist sich die Rüge der Gehörsverletzung als unbegründet.

(II. Zivilabteilung, 5P.34/2005, 19.5.2005, X c. Y und Obergericht des Kantons Aargau; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

■ Verwaltungsrecht / Droit administratif (II)

Art. 16 Abs. 3 OHG; Opferhilfe

Vom Opfer [muss] verlangt werden, in seinem Gesuch – und sei es auch auf laienhafte Weise – darzutun, was für Schädigungen es durch die Straftat erlitten hat und was für Kosten ihm deswegen angefallen sind und mutmasslich noch anfallen werden. Der im Opferhilfverfahren geltende Untersuchungsgrundsatz verpflichtet die Opferhilfestelle nur, den Sachverhalt im Rahmen der vom Opfer gestellten Begehren von Amtes wegen abzuklären. Eine Verpflichtung, nach weiteren Schäden zu suchen, die vom Opfer weder geltend gemacht werden noch sich aus seiner Sachverhaltsdarstellung ergeben, trifft sie nicht.

(I. Öff.rechtl. Abt., 1A.157/2004, 25.2.2005, X c. Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

LLCA et LPaV; interdiction définitive de pratiquer la profession d'avocat

Par décision du 9 décembre 2002, notifiée le 10 février 2003, la Commission du barreau GE a prononcé une interdiction définitive de pratiquer la profession d'avocat à l'encontre de X. et ordonné la publication de sa décision dans la Feuille d'avis officielle du canton de Genève. Appliquant la LLCA et la LPaV, la Commission a constaté que les faits reprochés à l'intéressé constituaient des manquements aux règles professionnelles prévues aux art. 8, 12 lettres a, b, c, i et 13 LLCA, 27 LPaV, 2, 8, 9 et 14 des us et coutumes du barreau genevois. Sur recours, le Tribunal administratif a confirmé ladite sanction. Le Tribunal Fédéral rejette le recours contre cette décision.

(II^e Cour de droit public, 2P.194/2004, 23.3.2005, X. c/ Commission du barreau du canton de Genève, Tribunal administratif du canton de Genève; non publié dans le RO. – Condensé *Bü*)

Art. 89 al. 1 LAMal; incompétence des tribunaux civiles

L'assurance-maladie sociale au sens de la loi fédérale sur l'assurance maladie (LAMal), qui comprend l'assurance obligatoire des soins, est régie par le droit public. En outre, conformément à l'art. 89 al. 1 et 2 LAMal, les litiges entre assureurs et fournisseurs de prestations sont jugés par un tribunal arbitral qui est celui du canton dont le tarif est appliqué ou dans lequel le fournisseur de prestations est installé à titre permanent. En l'espèce, le litige oppose un assureur, soit une caisse-maladie, et un four-

nisseur de prestations, soit une clinique privée avec siège social à Genève, et il a pour objet l'application d'un tarif prévu par un règlement édicté par le Conseil d'État du canton de Genève en matière de soins hospitaliers dans le cadre de l'assurance obligatoire des soins dont dépendent les prestations incriminées. Force est dès lors de constater que la cause relève de l'art. 89 LAMal et que le Tribunal de première instance n'est pas compétent à raison de la matière, s'agissant d'une affaire de nature administrative soumise à la procédure administrative et devant être tranchée par le Tribunal arbitral prévu par l'art. 89 al. 1 LAMal.

(II^e Cour civile, 5C.6/2005, 6.4.2005, X. SA c/ Y.; non publié dans le RO. – Condensé *Bü*)

Art. 80h IRSG; internationale Rechtshilfe in Strafsachen an Italien (Beschwerdelegitimation)

Gemäss Art. 80h lit. b IRSG ist zur Beschwerde berechtigt, wer persönlich und direkt von einer Rechtshilfemassnahme betroffen ist und ein schutzwürdiges Interesse an deren Aufhebung oder Änderung hat. Personen, gegen die sich das ausländische Strafverfahren richtet, sind nach Art. 21 Abs. 3 IRSG unter den gleichen Voraussetzungen zur Beschwerde befugt.

Nach der Rechtsprechung liegt ein schutzwürdiges Interesse nicht schon dann vor, wenn jemand irgendeine Beziehung zum Streitobjekt zu haben behauptet. Vielmehr muss eine vom einschlägigen Bundesrecht erfasste spezifische Beziehungsnähe gegeben sein. Eine bloss mittelbare Betroffenheit genügt nicht (BGE 128 II 211 E. 2.3 S. 217 mit Hinweisen). Die Rechtsprechung erkennt die Beschwerdebefugnis demjenigen zu, der sich persönlich einer Durchsuchung oder Beschlagnahme unterziehen muss (BGE 130 II 162 E. 1.1 S. 164; 123 II 161 E. 1d/aa S. 164, mit Hinweisen). Wie Art. 9a lit. b der Verordnung vom 24. Februar 1982 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSV; SR 351.11) insoweit präzisiert, gelten bei Hausdurchsuchungen der Eigentümer oder der Mieter als persönlich und direkt betroffen. Nicht zur Beschwerde befugt ist nach der Rechtsprechung demgegenüber der Verfasser von Schriftstücken, die im Besitze eines Dritten beschlagnahmt werden (BGE 130 II 162 E. 1.1 S. 164; 123 II 161 E. 1d S. 164 f.; 116 Ib 106 E. 2a S. 109 ff.); ebenso wenig eine Drittperson, die in Kontounterlagen erwähnt ist, etwa als Empfänger einer vom Kontoinhaber vorgenommenen Überweisung (BGE 128 II 211 E. 2.3 S. 218 mit Hinweisen).

(I. Öff.rechtl. Abt., 1A.37/2005, 9.5.2005, X c. Strafgericht Basel-Stadt, Rekurskammer; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 80c IRSG; internationale Rechtshilfe in Strafsachen an Deutschland (vereinfachte Ausführung, Irrtum)

Im vorliegenden Fall ging aus dem Text klar hervor, dass mit der Unterschrift nicht nur der Empfang gewisser Dokumente, sondern auch die Zustimmung zur vereinfachten Ausführung erteilt wurde. Zwar ist diese Koppelung von zwei verschiedenen Erklärungen in einem Dokument fragwürdig; I. hätte aber die Möglichkeit gehabt, die Unterschrift zu verweigern, eine gesonderte

Empfangsbestätigung zu verlangen oder die Passage betreffend die Zustimmung zur vereinfachten Ausführung zu streichen.

Aus dem in der Empfangsbestätigung abgedruckten Text von Art. 80c IRSG ergibt sich, dass mit der Zustimmung zur vereinfachten Ausführung der Herausgabe der Schriftstücke, Auskünfte oder Vermögenswerte zugestimmt wird (Abs. 1 Satz 1), und dies zum Abschluss des Rechtshilfeverfahrens führt (Abs. 2). Zudem handelt es sich um eine unwiderrufliche Zustimmung (Abs. 1 Satz 2). Insofern musste I. bzw. der ihn beratende Rechtsanwalt erkennen, dass die Zustimmung zum vereinfachten Abschluss des Rechtsmittelverfahrens eine über die blosser Empfangsbestätigung hinausgehende Bedeutung zukommt. Sofern sich der Rechtsvertreter von I. über die Tragweite dieser Erklärung im Unklaren war, hätte er sich die nötigen Informationen verschaffen müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass I. die Empfangsbescheinigungen nicht unter Zeitdruck, sondern nach einer 15- bis 30-minütigen Besprechung mit seinem Rechtsvertreter unterschrieben hat. Insofern kann keine Rede von einer «Überrumpelung» oder einer «Drucksituation» sein.

Nach dem Gesagten ist mit der Anklagekammer davon auszugehen, dass ein allfälliger Irrtum von I. bzw. dessen Rechtsvertreter verschuldet wurden. Dieses Verschulden müssen sich die Beschwerdeführerinnen zurechnen lassen. Damit ist die Anfechtung der Zustimmungserklärung wegen Irrtums ausgeschlossen.

(I. Öff.rechtl. Abt., 1A.64/2005, 25.5.2005, X und Y AG c. Anklagekammer des Kantons Thurgau; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 13b ANAG; Ausschaffungshaft

Die Ausschaffung soll den Vollzug der geplanten Entfernungsmassnahme sicherstellen und muss ernsthaft geeignet sein, diesen Zweck zu erreichen; das ist nicht (mehr) der Fall, wenn die Weg- oder Ausweisung trotz der behördlichen Bemühungen nicht in absehbarer Zeit vollzogen werden kann (BGE 130 II 56 E. 4.1.1 S. 59 f.; 119 Ib 193 E. 2 c S. 199). Die Ausschaffungshaft darf nur angeordnet oder aufrechterhalten werden, wenn der Vollzug der Wegweisung nicht aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen undurchführbar ist (Art. 13c Abs. 5 lit. a ANAG); andernfalls lässt sie sich nicht mehr mit einem hängigen Ausweisungsverfahren rechtfertigen und verstösst sie gegen Art. 5 Ziff. 1 lit. f EMRK (BGE 122 II 148 E. 3 S. 152 f.; 130 II 56 E. 4.1.1 S. 60 mit zahlreichen Hinweisen). Wie es sich mit der Durchführbarkeit im Einzelnen verhält, bildet Gegenstand einer nach pflichtgemäßem Ermessen vorzunehmenden Prognose. Der Umstand allein, dass die Ausreise nur schwer organisiert werden kann, macht die Ausschaffung noch nicht undurchführbar. Hierfür müssen vielmehr triftige Gründe sprechen; es muss praktisch feststehen, dass sich die Ausschaffung innert der gesetzlichen Frist kaum wird realisieren lassen. Dies ist in der Regel nur der Fall, wenn sie mit grosser Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen bzw. ihr Vollzug nicht absehbar erscheint, obwohl die Identität und Nationalität des Ausländers belegt ist oder doch wenigstens keine Veranlassung besteht, an der von ihm erklärten Herkunft zu zweifeln (vgl. BGE 130 II 56 E. 4.1.2 u. 4.1.3;

127 II 168 E. 2 c S. 172; 125 II 217 E. 2 S. 220; 122 II 148 E. 3 S. 152 f.).

(II. Öff.rechtl. Abt., 2A.365/2005, 15.6.2005, X c. Verwaltungsrekurskommission des Kantons St. Gallen; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

■ Zivilrecht und SchKG / Droit civil et poursuite pour dettes et faillite (III)

Art. 8 CC; transaction

Pour établir si un contrat a été conclu ou pour connaître son contenu, il faut tout d'abord s'interroger sur la commune et réelle intention des parties (cf. art. 18 al. 1 CO). Or, déterminer ce que les parties ont effectivement voulu de manière concordante relève des constatations de fait et ne peut être remis en cause dans un recours en réforme (ATF 129 III 118 et autres). En l'espèce, la cour cantonale, appréciant les circonstances, a retenu qu'après la résiliation de la première transaction extrajudiciaire par le demandeur le 13 septembre 2001, les parties avaient conclu une deuxième transaction extrajudiciaire. Même si elles n'ont pas produit le texte de ce nouvel accord, les juges ont constaté que les parties avaient choisi de reconduire la volonté qui était la leur lors de la première transaction du 28 février/8 avril 1996 et en avaient repris l'esprit. Cet accord a été exécuté lors du versement par la défenderesse, le 27 septembre 2002, d'un capital de 257 629.30 fr. plus 14 681.35 fr. à titre d'intérêt pour la période du 4 août 2001 au jour du paiement, ce qui correspondait, sous réserve des intérêts postérieurs à la mise en demeure, à ce qui avait été convenu les 28 février/8 avril 1996. Aucune réserve n'avait d'ailleurs expressément été faite s'agissant des intérêts, bien qu'au moment de la seconde transaction et de son exécution une poursuite était pendante à l'encontre de la défenderesse et que le procès concernant le paiement des intérêts était déjà en préparation.

Il en découle que la cour cantonale, après examen des circonstances, s'est forgée la conviction que les parties avaient effectivement conclu une deuxième transaction que la défenderesse avait exécutée le 27 septembre 2002. La cour cantonale n'a pas tiré cette conclusion de l'absence de preuves, pas plus qu'elle n'a procédé, sur ce point, à une répartition du fardeau de la preuve au sens de l'art. 8 CC. Elle a avant tout constaté la volonté réelle des parties sur la base d'une appréciation des preuves, qui lie le Tribunal fédéral en instance de réforme, peu importe que cette appréciation puisse paraître arbitraire, comme le demandeur le prétend lorsqu'il soutient que la cour cantonale aurait retenu l'existence d'une nouvelle transaction de façon manifestement erronée, en contradiction flagrante avec les allégués concordants des parties. Dans la mesure où le demandeur voulait se plaindre à ce sujet d'une violation de la Constitution, son grief n'est pas admissible (art. 43 al. 1 OJ) et, dans la mesure où il entendait invoquer une inadvertance manifeste au sens de l'art. 55 al. 1 let. d OJ, il lui appartenait d'indiquer, de manière précise, la pièce du dossier que le juge aurait omis de

prendre en considération ou qu'il aurait mal comprise (cf. ATF 115 II 399; 129 III 135). On ne peut tirer du renvoi à la procédure cantonale dans son ensemble et aux nombreux allégués invoqués l'existence d'une inadvertance manifeste telle que visée par l'art. 55 al. 1 let. d OJ.

(I^{re} Cour civile, 4C.445/2004, 17.3.2005, A. c/ X. S. A.; non publié dans le RO. – Condensé *Bü*)

Art. 22 al. 1 let. b OJ; récusation d'un juge, révision

Aux termes de l'art. 22 al. 1 let. b OJ, les juges doivent se récuser dans une affaire en laquelle ils ont agi précédemment à un autre titre, soit comme membres d'une autorité administrative ou judiciaire, soit comme fonctionnaires judiciaires, soit comme conseils, mandataires ou avocats d'une partie, soit comme experts ou témoins. L'application de cette disposition suppose que le juge fédéral ait participé antérieurement à la même affaire. La loi prend ici en considération le fait d'avoir agi dans la même cause, c'est-à-dire dans la procédure ayant conduit à la décision attaquée et non pas dans une procédure distincte ou préalable se rapportant à la même affaire au sens large (1P.550/1988 du 6 juin 1989). Encore faut-il que la participation antérieure à la même affaire soit intervenue à un autre titre. Il est donc exclu d'obtenir la récusation d'un juge fédéral au seul motif qu'il a eu à statuer précédemment, *ès qualités*, sur un recours visant une décision rendue dans la même cause (ATF 84 II 459). A participé, en revanche, à un autre titre, et doit partant se récuser, le juge fédéral qui a agi dans la même cause en tant que membre d'une juridiction cantonale.

Le juge fédéral Y était l'un des trois membres de la Cour qui a rendu les deux arrêts du 25 mai 2004 formant l'objet des présentes demandes de révision. Le requérant observe, en premier lieu, que le même juge faisait déjà partie de la Cour ayant rendu, le 8 mai 2002, un arrêt au sujet d'une demande d'intervention d'un tiers dans la procédure pendante en appel entre le demandeur et la banque défenderesse (arrêt 4P.33/2002). Force est de constater d'emblée que le magistrat en question a statué dans ces deux affaires en qualité de juge fédéral. Conformément à la jurisprudence rappelée plus haut, il n'avait pas à se récuser dans la seconde affaire, de sorte qu'il n'y a pas là un motif de révision au sens de l'art. 136 let. a OJ. En second lieu, le requérant allègue que le juge fédéral Y, alors membre de la Cour de justice genevoise, faisait partie de la Chambre civile de cette juridiction qui avait statué, par arrêt du 17 février 1995, sur un appel qu'il avait interjeté contre le refus du premier juge de verser une procédure pénale concernant le dénommé M. au dossier de la cause le divisant d'avec la défenderesse. Le fait allégué est avéré. Il entre effectivement dans les prévisions de l'art. 22 al. 1 let. a OJ, car il établit que le juge fédéral en question a rendu, *ès qualités*, les deux arrêts consécutifs au recours de droit public et au recours en réforme exercés contre l'arrêt cantonal du 10 octobre 2003, bien qu'il eût déjà agi précédemment comme juge cantonal, soit à un autre titre, en statuant sur un incident du procès au fond ayant abouti à cet arrêt cantonal, c'est-à-dire dans la même affaire.

Cela étant, il y a lieu d'admettre les deux demandes de révision en application de l'art. 136 let. a OJ.

(I^{re} Cour civile, 4P.198/2004, 4C.294/2004, 23.3.2005, A. c/ Banque X.; non publié dans le RO. – Condensé *Bü*)

Art. 24 PCF, art. 40 OJ; refus de restitution de délai pour avance de frais, panne générale de courant du 18 janvier 2005

Le conseil de la défenderesse dit avoir appris le 31 janvier 2005 que l'ordre de virement bancaire donné le 18 janvier 2005 par lui à l'UBS au moyen du télébanking n'avait pas été transmis à cette banque en raison d'une panne informatique ayant affecté son étude lors de la coupure générale de courant survenue le même jour. La chose est possible. Toutefois, le point de savoir quand le mandataire de la recourante a effectivement eu connaissance du défaut de transmission allégué n'est pas déterminant. Ce qu'il convient de rechercher en l'espèce, c'est si l'avocat en question a fait preuve de toute la diligence que l'on pouvait objectivement attendre de sa part dans les circonstances extraordinaires invoquées par lui. A cet égard, il est vraisemblable que les dégâts irréremédiables sur le serveur informatique de son étude, qu'il mentionne dans les demandes de restitution, se soient manifestés immédiatement, quand bien même leurs incidences concrètes sur les différents programmes informatiques n'ont pu être constatées que plus tard, après l'intervention d'un spécialiste. L'attestation établie par ce dernier va en tout cas dans ce sens, puisqu'elle met en relation les dégâts occasionnés au serveur de l'étude et la surtension électrique provoquée lors du redémarrage de la machine après la coupure générale de courant du 18 janvier 2005. Au reste, la recourante ne soutient pas qu'un ou plusieurs jours se seraient écoulés entre le moment où cette coupure est survenue et celui où ses premiers effets ont pu être constatés. De surcroît, les conséquences effectives ou possibles de la coupure de courant inusuelle survenue le 18 janvier 2005 ont été immédiatement signalées par les différents médias, en particulier la télévision suisse romande. Il n'est dès lors guère raisonnable d'imaginer qu'une personne exerçant la profession d'avocat dans une étude genevoise ait pu les ignorer. Dans de telles circonstances, qui revêtaient un caractère extraordinaire, un homme de loi ne pouvait pas manquer de se demander si l'ordre de virement, qu'il était censé avoir transmis à la banque le jour même où la panne de courant généralisée s'était produite, était bel et bien parvenu à son destinataire. Un simple appel téléphonique, pour ne citer qu'un mode de vérification parmi d'autres, lui eût permis de tirer la chose au clair et il disposait de huit jours encore, avant l'expiration du délai ad hoc, pour verser les avances de frais requises par un autre procédé (par ex. un paiement au guichet postal), après s'être convaincu que l'ordre du 18 janvier 2005 n'avait pas été télétransmis. Dès lors, en attendant de connaître l'avis du spécialiste en informatique quant aux conséquences concrètes de la panne générale de courant sur le système informatique de son étude, plutôt que de vérifier immédiatement si la transmission de l'ordre de virement, tentée par lui le jour même où cette panne s'était produite, avait eu lieu, le mandataire de la défenderesse

n'a pas fait preuve de toute la diligence voulue dans une situation de ce genre. Pareille vérification, facile à faire, s'inscrivait, au demeurant, dans le cadre plus général du devoir de diligence – rappelé expressis verbis dans la formule ad hoc – qui incombe à la personne tenue d'effectuer une avance de frais dans un certain délai sous peine de forclusion. Cela étant, les présentes demandes de restitution de délai ne peuvent être admises. Le caractère extraordinaire de l'événement survenu le 18 janvier 2005, la prompte réaction du mandataire de la recourante après qu'il se fut avisé de la non-transmission de l'ordre de virement et les conséquences graves que pourrait entraîner l'irrecevabilité des recours pour la défenderesse – toutes circonstances invoquées par celle-ci sous l'angle de la proportionnalité – ne constituent pas des éléments susceptibles d'infirmier semblable conclusion.

(1^{re} Cour civile, 4C.2/2005, 4P.310/2004, 30.3.2005, X. Sàrl c/ Fondation Y.; non publié dans le RO. – Condensé *Bü*)

Art. 60 Abs. 1 und 2 OR (bzw. Art. 83 Abs. 1 Satz 1 und 2 SVG) und Art. 135 und 138 OR; Verjährung

[In BGE 127 III 538 E. 4 d hielt das Bundesgericht fest.] «Ob [. . .] Unterbrechungshandlungen im Sinne von Art. 135 OR nach Eintritt der strafrechtlichen Verjährung eine weitere Frist nur noch gemäss Art. 60 Abs. 1 OR in Gang setzen, braucht im vorliegenden Fall nicht abschliessend erörtert zu werden.»

Im vorliegenden Fall ist diese Frage zu entscheiden. Der Unfall ereignete sich am 6. September 1979. Am 25. September 1980 wurde der Unfallverursacher wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung nach Art. 125 Abs. 2 StGB verurteilt, so dass ab diesem Datum die strafrechtliche Verfolgungsverjährung nicht mehr laufen konnte. Die absolute strafrechtliche Verfolgungsverjährung von 7 Jahren (Art. 70 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 72 Ziff. 2 Abs. 2 StGB in der dannzumal geltenden Fassung; aufgehoben durch BG vom 5. Oktober 2001, AS 2 002 2993) war (abstrakt, da die Verurteilung schon erfolgt war) am 6. März 1987 abgelaufen. Die verjährungsunterbrechende gerichtliche Handlung in Form der Sistierungsverfügung vom 14. Januar 2000 erfolgte erst knapp 13 Jahre später.

Bei einer solchen Konstellation vermag die verjährungsunterbrechende Handlung nicht die längere strafrechtliche Verjährungsfrist auszulösen. Dies würde – wie das Bundesgericht im zitierten Entscheid klar signalisierte – zu weit führen und wäre mit Sinn und Zweck von Art. 60 Abs. 2 OR (bzw. Art. 83 Abs. 1 Satz 2 SVG) nicht zu vereinbaren. Die durch strafbare Handlungen Geschädigten würden damit in einem über das von der bisherigen Rechtsprechung gewährte Mass privilegiert und die belangten Haftpflichtigen entsprechend belastet, ohne dass sich dies durch sachliche Gründe rechtfertigen liesse. Verjährungsunterbrechende Handlungen im Sinne von Art. 135 oder 138 OR, welche nach Eintritt der strafrechtlichen Verfolgungsverjährung erfolgen, vermögen lediglich die zivilrechtliche Verjährungsfrist nach Art. 60 Abs. 1 OR (bzw. Art. 83 Abs. 1 Satz 1 SVG) auszulösen (in diesem Sinn auch Hausheer/Jaun, ZBJV 2003 S. 60 f.).

(I. Zivilabteilung, 4C.14/2005, 25.4.2005, A c. B und Obergericht des Kantons Aargau; Publikation in der AS vorgesehen. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 9 Cst.; distinction entre contrat de travail et contrat de mandat

Le rapport de subordination, élément caractéristique du contrat de travail, représente le critère décisif pour la distinction entre celui-ci et les autres contrats de service, notamment le mandat. En l'espèce, la cour cantonale a retenu un certain nombre d'éléments, desquels elle a conclu à l'activité indépendante de la recourante, cardio-technicienne diplômée. Même si, sur le point décisif du rapport de subordination, la cour cantonale ne s'est pas déterminée de manière systématique et expresse, elle a fait valoir un certain nombre de circonstances qui, appréciées dans leur ensemble, donnent l'image globale de la situation de la recourante dans l'entreprise de l'intimée, laissant apparaître comme non arbitraire le résultat auquel elle est parvenue en excluant le contrat de travail au bénéfice de celui de mandat. Ainsi, il ressort de la déposition d'un chirurgien indépendant que les cardio-techniciens étaient directement et uniquement soumis aux injonctions du chirurgien lors des opérations. De son côté, l'infirmier responsable du bloc opératoire a déclaré que les cardio-techniciens échappaient à sa gestion et dépendaient directement du directeur de l'hôpital. De même, un perfusionniste, employé de celui-ci, a expliqué que les statuts de cardio-technicien salarié ou indépendant étaient possibles, mais qu'au vu de la nécessité d'une planification, il fallait «rentrer dans l'organisation de l'hôpital». Un autre cardio-technicien, également employé de l'intimée, a relevé qu'il ne recevait aucune directive dans le cadre de son activité opérationnelle, ce qui devait aussi être le cas de la recourante (. . .).

Ces constatations sont encore confirmées par divers indices relevés par la cour cantonale qui, même s'ils ne sont pas déterminants à eux seuls, contribuent à révéler la nature des rapports existant entre les deux parties. Ainsi, le libellé des deux seuls contrats conclus, des 18 juin et novembre 1998, mentionne expressément la qualité d'indépendante de la recourante. Vont dans le même sens l'absence du contrôle horaire concernant les médecins indépendants et les cardio-techniciens, l'utilisation – pour les gardes – du bip et du portable personnels de la cardio-technicienne – qui n'a jamais demandé le remboursement des frais découlant de leur usage –, le mode de rémunération irrégulier et qualifié «d'honoraires», la possibilité de travailler dans d'autres établissements hospitaliers, le défaut de paiement de cotisations sociales et l'assujettissement de la cardio-technicienne à la TVA, que la Cour cantonale considère comme «caractéristique d'une prestation facturée à un client par un indépendant». Enfin, le refus de signer les nombreuses versions ultérieures du contrat passé entre les parties, et notamment celle de janvier 2003, qui était expressément envisagée comme contrat de travail, démontre que la recourante tenait à son statut «d'indépendante» pour garder une autonomie et une liberté guère compatibles avec le rapport de subordination – même si, dans certains cas, l'organisation libre de l'horaire de travail ne suffit pas à exclure un contrat de travail au profit d'un mandat (cf. arrêt 4C.226/2003 du 25 février 2004; 4C.419/1999 du 19 avril 2000).

Ainsi, la cour cantonale n'a pas méconnu le critère distinctif essentiel du rapport de subordination pour exclure sans arbitraire l'existence d'un contrat de travail.

(I^{re} Cour civile, 4P.36/2005, 24. 5. 2005, A. c/ X. SA, Cour d'appel de la juridiction des prud'hommes du canton de Genève; non publié dans le RO. – Condensé BÜ)

Art. 48 Abs. 1 und 50 OG; Nachbarrecht (eidgenössische Berufung)

Die Berufung ist gemäss Art. 48 Abs. 1 OG in der Regel erst gegen die Endentscheide der obern kantonalen Gerichte zulässig. Ein Endentscheid liegt vor, wenn das kantonale Sachgericht über den im Streit stehenden Anspruch materiell entschieden oder dessen Beurteilung aus einem Grund abgelehnt hat, der endgültig verbietet, dass der gleiche Anspruch nochmals geltend gemacht wird (BGE 126 III 445 E. 3b S. 447; 128 III 250 E. 1b S. 252). Im vorliegenden Fall besteht die Streitsache aus einer Klage und einer Widerklage, wobei das Obergericht die Klage (definitiv) abgewiesen, die Widerklage indes nur an seine Vorinstanz zurückgewiesen hat. Rückweisungsentscheide gelten lediglich als Vor- oder Zwischenentscheide (BGE 105 II 218 E. 1a S. 221; 127 III 433 E. 1b/aa S. 435). Nach der Rechtsprechung liegt bei einer Streitigkeit, die eine Haupt- und eine Widerklage betrifft, kein Endentscheid vor, wenn der Richter nur über eine von beiden entschieden hat und keine Trennung der Verfahren angeordnet worden ist (BGE 100 II 427 E. 1 S. 429; Urteil des Bundesgerichts 4C.400/1995 vom 14. August 1996, E. 2 a u. b; Jean-François Poudret, Commentaire de la loi fédérale d'organisation judiciaire, Vol. II 1990, N. 1.1.7.6 zu Art. 48 OG). Damit stellt das Urteil des Obergerichts vom 23. November 2004 keinen Endentscheid im Sinne von Art. 48 OG dar.

Das Bundesgericht tritt indes aus Gründen der Prozessökonomie auf Berufungen gegen Urteile ein, durch die einzelne Begehren, welche zum Gegenstand eines besonderen Prozesses hätten gemacht werden können und deren Beurteilung für den Entscheid über die anderen Begehren präjudiziell ist, endgültig erledigt werden (BGE 104 II 285 E. 1b S. 287 f.; 117 II 349 E. 2a S. 350; 124 III 406 E. 1a S. 409). Vorliegend ist zwar die erste Voraussetzung erfüllt, nicht aber die zweite, da dem Klagebegehren für die Beurteilung der Widerklage keine präjudizielle Wirkung zukommt.

Im Übrigen sind Teilurteile auch unter den gleichen Voraussetzungen wie selbstständige Vor- und Zwischenentscheide nach Art. 50 OG mit Berufung anfechtbar; also wenn bei Gutheissung des Rechtsmittels sofort ein Endentscheid herbeigeführt und ein bedeutender Aufwand an Zeit oder Kosten für ein weitläufiges Beweisverfahren erspart werden kann (BGE 127 III 433 E. 1c/aa S. 436). Indes legt die Klägerin nicht dar, inwiefern ein Ausnahmefall vorliegt, der die gesonderte Anrufung des Bundesgerichts rechtfertigt (BGE 118 II 91 E. 1a S. 92), und es ist auch nicht ersichtlich, dass die geforderten Voraussetzungen im vorliegenden Fall erfüllt wären.

(II. Zivilabteilung, 5C.15/2005, 30. 5. 2005, X c. Y und Obergericht des Kantons Zug; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

DIE PRAXIS

BUNDESGERICHT EVG EGMR

Neben weiteren, nicht in der Amtlichen Sammlung publizierten Entscheidungen sowie umfassenden Hinweisen auf die aktuellsten Leitentscheide des Bundesgerichts und des EVG, die innerhalb des letzten Monats im Internet zugänglich gemacht worden sind, enthalten die letzten beiden Ausgaben der **Praxis** Übersetzungen der unten aufgeführten BGE ins Deutsche.

BGE	Praxis	Gegenstand
130 I 347	Nr. 90	Anspruch auf Erläuterung eines Abänderungsurteils
130 II 493	Nr. 99	Aufenthaltsbewilligung EU/EFTA für Arbeitnehmer; Verweigerungsgründe
130 III 547	Nr. 105	Klage auf Rückerstattung eines Vermächtnisses; Verjährung
130 III 720	Nr. 92	Zwangsverwaltung von Grundstücken, Abschlagszahlungen an Gläubiger
130 III 723	Nr. 89	Anerkennungsfähigkeit eines israelischen Vaterschaftsurteils; Gesetzesumgehung?
130 III 748	Nr. 91	Schutz/Begriff der berühmten Marke
130 III 755	Nr. 107	Internationale Schiedsgerichtsbarkeit; Zulässigkeit der staatsrechtlichen Beschwerde gegen einen Teilentscheid
131 III 26	Nr. 104	Persönlichkeitsverletzung; Genugtuung, Urteilspublikation
131 III 164	Nr. 108	Internationale Schiedsgerichtsbarkeit; Zulässigkeit der staatsrechtlichen Beschwerde gegen einen Berichtigungsentscheid
131 IV 32	Nr. 94	Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen; Begriff der Verfügung
131 IV 78	Nr. 109	Voraussetzungen der Opferstellung bei geltend gemachter Rassendiskriminierung; Beschwerdelegitimation
130 V 294	Nr. 96	Krankenversicherungen; Leistungspflicht bei durch Geburtsgebrechen bedingte zahnärztliche Behandlung
130 V 318	Nr. 97	Krankenversicherungen/ATSG; Rückerstattung von zu Unrecht bezogenen Leistungen
130 V 329	Nr. 95	Alters- und Hinterlassenenversicherung; Inter-temporalrechtliche Anwendbarkeit materieller Bestimmungen des ATSG
130 V 404	Nr. 111	Invalidenversicherung; Wohnsitzbegriff im Zusammenhang mit ausserordentlichen IV-Renten und -Hilflosenentschädigungen
130 V 414	Nr. 110	Berufliche Vorsorge; Berichtigung eines individuellen Kontos; Rückerstattung irrtümlich erfolgter Zahlungen der Vorsorgeeinrichtung

Die Praxis. 94. Jg. 2005 – ISSN 1017-8147 – Erscheint monatlich
www.legalis.ch

Rechtsetzung des Bundes (12. Juli – 11. August 2005)* Législation fédérale (12 juillet – 11 août 2005)*

I. In-Kraft-Treten

1. Staat – Volk – Behörden

Änderung vom 18. Mai 2005 der Verordnung vom 3. Februar 1993 über Organisation und Verfahren eidgenössischer Rekurs- und Schiedskommissionen (AS 2005 2695, SR 173.31); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

3. Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug

Änderung vom 22. Juni 2005 der Verordnung vom 3. Dezember 2004 über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen (AS 2005 3337, SR 363.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

6. Finanzen

Änderung vom 18. Mai 2005 des Zollgesetzes vom 1. Oktober 1925 (AS 2005 2293, SR 631.0); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

7. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

Änderung vom 22. Juni 2005 der Verordnung vom 31. Oktober 2001 über Fernmeldedienste (AS 2005 3555, SR 784.101.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. September 2005.

8. Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit

Aufhebung vom 18. Mai 2005 des Bundesgesetzes vom 21. März 1969 über den Verkehr mit Giften (AS 2005 2293, SR 813.0); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

Änderung vom 18. Mai 2005 des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 2000 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (AS 2005 2293, SR 813.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

Änderung vom 18. Mai 2005 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (AS 2005 2293, SR 814.01); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

Änderung vom 18. Mai 2005 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (AS 2005 2601, SR 814.01); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

Änderung vom 18. Mai 2005 des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1970 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz), (AS 2005 2293, SR 818.101); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. August 2005.

9. Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit

Änderung vom 29. Juli 2005 der Verordnung des BAKOM vom 6. Dezember 2004 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (AS 2005 3893, SR 943.032.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. September 2005.

I. Entrée en vigueur

1. Etat – Peuple – Autorités

Modification du 18 mai 2005 de l'ordonnance du 3 février 1993 concernant l'organisation et la procédure des commissions fédérales de recours et d'arbitrage (RO 2005 2695, RS 173.31); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

3. Droit pénal – Procédure pénale – Exécution

Modification du 22 juin 2005 de l'ordonnance du 3 décembre 2004 sur l'utilisation de profils d'ADN dans les procédures pénales et sur l'identification de personnes inconnues ou disparues (RO 2005 3337, RS 363.1); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

6. Finances

Modification du 18 mai 2005 de la loi fédérale du 1^{er} octobre 1925 sur les douanes (RO 2005 2293, RS 631.0); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

7. Travaux publics – Energie – Transports et communications

Modification du 22 juin 2005 de l'ordonnance du 31 octobre 2001 sur les services de télécommunication (RO 2005 3555, RS 784.101.1); entrée en vigueur: 1^{er} septembre 2005.

8. Santé – Travail – Sécurité sociale

Abrogation du 18 mai 2005 de la loi fédérale du 21 mars 1969 sur le commerce des toxiques (RO 2005 2293, RS 813.0); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

Modification du 18 mai 2005 de la loi fédérale du 15 décembre 2000 sur la protection contre les substances et les préparations dangereuses (RO 2005 2293, RS 813.1); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

Modification du 18 mai 2005 de la loi fédérale du 7 octobre 1983 sur la protection de l'environnement (RO 2005 2293, RS 814.01); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

Modification du 18 mai 2005 de la loi fédérale du 7 octobre 1983 sur la protection de l'environnement (RO 2005 2601, RS 814.01); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

Modification du 18 mai 2005 de la loi fédérale du 18 décembre 1970 sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme (RO 2005 2293, RS 818.101); entrée en vigueur: 1^{er} août 2005.

9. Economie – Coopération technique

Modification du 29 juillet 2005 de l'ordonnance de l'OFCOM du 6 décembre 2004 sur les services de certification dans le domaine de la signature électronique (RO 2005 3893, RS 943.032.1); entrée en vigueur: 1^{er} septembre 2005.

* Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. / Cet aperçu n'a pas pour vocation d'être exhaustif.

III. Vernehmlassungen

Bundesgesetz über die Kulturförderung und Revision des Pro Helvetia-Gesetzes

Mit dem Kulturförderungsgesetz will der Bund primär die Partnerschaften mit den Kantonen, Gemeinden, Städten und Privaten stärken, Schwerpunkte der Kulturförderung bilden sowie Aufgaben und Zuständigkeiten der verschiedenen Bundesakteure entflechten. Die Revision des Pro Helvetia-Gesetzes hat zum Hauptziel, die Organisationsstrukturen der Stiftung Pro Helvetia zu modernisieren. Frist: 31. 10. 2005. (Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Volkszählung 2010

Die nächste Volkszählung wird neu konzipiert. Anstelle der Vollerhebung mit Fragebogen soll eine reine Registerzählung durchgeführt werden. Ergänzend sind periodische Stichprobenerhebungen in den Jahren 2010–2019 vorgesehen. Voraussetzung für die Registerzählung ist die Harmonisierung kantonaler und kommunaler Einwohnerregister. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) führt bei den Kantonen eine Vernehmlassung durch mit Fragen zur Umsetzung der Registerharmonisierung und zu den Themen, die in den Stichprobenerhebungen behandelt werden sollen. Frist: 30. 09. 2005. (Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege: Abgeltung der ausserordentlichen Kosten kantonalen Organe bei ihrer Tätigkeit als gerichtliche Polizei des Bundes

Mit der vorliegenden Regelung soll der Bund die Möglichkeit erhalten, die ausserordentlichen Kosten abzugelten, die den Kantonen beim Einsatz ihrer Organe als gerichtliche Polizei des Bundes anfallen. Um eine mehrfache Abgeltung derselben Kosten auszuschliessen, soll der Bundesrat zudem regeln, wie die Auferlegung von Kosten an Parteien oder eine anderweitige Deckung – etwa über Einziehungen – zu berücksichtigen ist. Frist: 30. 10. 2005. (Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Einführung des biometrischen Passes. Vorentwurf zur Revision des Gesetzes und der Verordnung über Ausweise für Schweizer Staatsangehörige

Schaffung der notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen, um biometrische Reiseausweise zunächst im Rahmen eines Pilotprojektes und dann definitiv herstellen und ausgeben zu können. Frist: 30. 09. 2005. (Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege: Aufsicht über die Bundesanwaltschaft

Die Vorlage vereinigt die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement. Dies soll es dem Departement insbesondere ermöglichen, bei der Prüfung der personellen und finanziellen Aufwendungen auf die tatsächliche Auslastung der verschiedenen Ermittlungseinheiten und die Besonderheiten der bearbeiteten Fälle Bezug zu nehmen. Um die Unabhängigkeit der Strafverfolgung zu wahren, sollen hinsichtlich der Verfahren keine Weisungen im Einzelfall zugelassen werden und die aufsichtsrechtlichen Kompetenzen des Departements sollen klar umschrieben werden. Im Interesse der Rechtssicherheit sollen die Stellung des Bundesanwalts und der

III. Procédures de consultation en cours

Loi sur l'encouragement de la culture et révision de la loi Pro Helvetia

Par le biais de la loi sur l'encouragement de la culture, la Confédération entend d'abord renforcer son partenariat avec les cantons, les communes, les villes et le secteur privé, fixer des priorités et désenchevêtrer les compétences entre les différents acteurs fédéraux. La révision de la loi Pro Helvetia a pour objectif principal de moderniser l'organigramme de la fondation. Date limite: 31. 10. 2005. (Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Recensement 2010

Le prochain recensement de la population sera réalisé selon une méthode entièrement nouvelle. Il n'y aura plus d'enquête par questionnaire auprès de la population. Ce nouveau recensement sera complété par des enquêtes périodiques par échantillonnage au cours des années 2010 à 2019. Mais un recensement fondé sur les registres exige l'harmonisation préalable des registres cantonaux et communaux des habitants. Le Département fédéral de l'intérieur (DFI) ouvre une consultation auprès des cantons sur la réalisation de cette harmonisation et sur les thèmes des futures enquêtes par échantillonnage. Date limite: 30. 09. 2005. (Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Modification de la loi fédérale sur la procédure pénale: Indemnisation des frais extraordinaires engagés par des organes cantonaux lors de leur activité en qualité de police judiciaire de la Confédération

La présente réglementation donne à la Confédération la possibilité d'indemniser les frais extraordinaires qui incombent aux cantons lors de l'engagement de leurs organes en tant que police judiciaire de la Confédération. Afin d'exclure que les mêmes frais soient indemnisés plusieurs fois, le Conseil fédéral devra régler la manière dont on prendra en considération les frais mis à la charge des parties ou d'autres modes de couverture des frais – par exemple par des confiscations. Date limite: 30. 10. 2005. (Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Introduction du passeport biométrique. Avant-projet de révision de la loi et de l'ordonnance sur les documents d'identité des ressortissants suisses

Création des bases légales nécessaires pour pouvoir confectionner et émettre des passeports biométriques dans le cadre d'un projet pilote, puis de manière définitive. Date limite: 30. 09. 2005. (Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Modification de la loi fédérale sur la procédure pénale: Surveillance du Ministère public de la Confédération

Le projet attribue au Département fédéral de justice et police la surveillance indivise sur le Ministère public de la Confédération. Cela devrait permettre au Département de tenir compte de la charge de travail des diverses unités d'enquête et des particularités des cas traités lors de l'examen des dépenses, y compris en matière de personnel. Pour garantir l'indépendance de la poursuite pénale, il est prévu d'une part qu'aucune instruction ne pourra être donnée à propos d'une procédure particulière en cours et d'autre part que les compétences du Département en matière de surveillance seront clairement circonscrites. Pour garantir la sécurité du droit, la position du Procureur général de

Staatsanwälte sowie die bundesanwaltschaftsinternen Weisungsrechte im Gesetz verankert werden. Frist: 30. 10. 2005.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Bericht der Expertenkommission «Um- und Durchsetzung der Steuerharmonisierung»

Die Expertenkommission empfiehlt in ihrem Bericht die Schaffung einer Kontrollkommission. Die Kontrollkommission soll die kantonalen Steuergesetze und die darauf gestützte Praxis auf ihre Übereinstimmung mit der formellen Steuerharmonisierung überprüfen und nötigenfalls ein Verfahren einleiten können. Damit sollen Kontrolllücken geschlossen werden, welche die Durchsetzung des Steuerharmonisierungsgesetzes schwächen. Frist: 15. 08. 2005.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgerschaftswesens

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) hat am 10. Mai 2005 beschlossen, den im Rahmen einer Kommissionsinitiative ausgearbeiteten Vorentwurf zur Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgerschaftswesens in die Vernehmlassung zu geben. Das gewerbliche Bürgerschaftswesen stellt eine Institution dar, welche den KMU den Zugang zu Bankkrediten erleichtern soll. Es ist heute dezentral organisiert und besteht aus zehn rechtlich unabhängigen Bürgerschaftsgenossenschaften sowie einer Zentralstelle für das gewerbliche Bürgerschaftswesen. Frist: 02. 09. 2005.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (KIG), Teilrevision

Die Vorlage enthält im Vergleich zum 2004 in die Vernehmlassung geschickten Entwurf verschiedene Neuigkeiten: Klage- und Widerrufsrecht, Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionen, Änderungen des Obligationenrechts und des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Frist: 14. 10. 2005.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 (KHG)

Ziel ist, den Opferschutz im Fall von nuklearen Schäden zu verbessern. Zu diesem Zweck soll die heute geltende obligatorische Versicherungsdeckung für Kernanlagen von einer Milliarde auf 2,25 Milliarden Franken erhöht werden. Zudem sollen die internationalen Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie ratifiziert werden. Frist: 31. 10. 2005.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

IV. Aus den Räten

Das detaillierte Sessionsprogramm können Sie einsehen unter: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/D/Frame-D.htm>.

la Confédération et les pouvoirs d'instruction au niveau interne seront déterminés par la loi. Date limite: 30. 10. 2005.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Rapport de la commission d'experts «Mise en œuvre et application de l'harmonisation fiscale»

Dans ce rapport, la commission d'experts recommande la création d'une commission de contrôle qui serait chargée d'examiner la conformité des textes législatifs cantonaux et des pratiques qui en découlent avec la LHID et d'engager une procédure si nécessaire. L'instauration de cette commission devrait permettre d'éliminer les lacunes actuellement observées au niveau des contrôles, lacunes qui entravent la bonne application de la loi sur l'harmonisation fiscale. Date limite: 15. 08. 2005.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Examen et renforcement du cautionnement des arts et métiers

La Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N) a décidé le 10 mai 2005 de lancer une procédure de consultation normale sur un avant-projet concernant l'examen et le renforcement du cautionnement des arts et métiers, avant-projet développé dans le cadre d'une initiative de commission. Le cautionnement des arts et métiers est une institution destinée à faciliter l'accès des PME aux crédits bancaires. Actuellement le système est organisé de façon décentralisé et compte dix coopératives de cautionnement indépendantes, outre la «Centrale suisse de cautionnement pour les arts et métiers». Date limite: 02. 09. 2005.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Projet de la Loi sur l'information des consommatrices et des consommateurs (LIC), révision partielle

Le nouvel projet prévoit par rapport au projet soumis en consultation en 2004 des nouveautés: droit d'action et de révocation, sanctions pénales renforcées, modification du Code des obligations et de la loi sur les denrées alimentaires et les objets usuels. Date limite: 14. 10. 2005.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Loi fédérale du 18 mars 1983 sur la responsabilité civile en matière nucléaire (LRCN)

Il s'agit de mieux protéger les victimes en cas de dommages d'origine nucléaire. Pour ce faire, la couverture d'assurance actuellement en vigueur pour les installations nucléaires doit passer de un milliard à 2,25 milliards de francs. Par ailleurs, les conventions internationales en matière de responsabilité dans le domaine de l'énergie nucléaire doivent être ratifiées. Date limite: 31. 10. 2005.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

IV. Activités des Conseils et des commissions parlementaires

Vous pouvez consulter le programme détaillé de la session à l'adresse suivante: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/F/Frame-F.htm>.

René Rall

Mitteilungen des Generalsekretärs Communications du Secrétaire général

Zusammenarbeit mit dem Conseil National des Barreaux de France (CNB)

Einem seit Jahren gepflegten regelmässigen Gedankenaustausch der deutschsprachigen Nachbarstaaten folgend, ist es dem SAV am 20. Juni in Nyon gelungen, eine ähnliche regelmässige Zusammenarbeit mit dem Conseil National des Barreaux de France zu besiegeln.

Die am 20. Juni von der Alt-Präsidentin Eva Saluz und dem Präsidenten des CNB, Kollege Michel Bénichou, unterzeichnete Konvention enthält im Wesentlichen folgende Punkte:

Considérant la longue tradition juridique reposant dans les deux pays sur les principes supérieurs du droit, les valeurs humaines et le respect des droits de l'homme.

Considérant le souhait des deux barreaux de promouvoir le resserrement des liens existants entre les avocats des deux barreaux.

Considérant l'importance et la qualité de la tradition juridique et législative respective de chacun des deux pays et l'intérêt réciproque d'en prendre connaissance et au besoin de s'en inspirer.

Considérant l'intérêt commun de développer l'exercice professionnel transfrontalier dans le cadre de l'accord sur la libre circulation des personnes signé le 21 juin 1999 entre la Communauté européenne et ses Etats membres et la Confédération Suisse entré en vigueur le 1er juin 2002.

Et considérant l'intérêt de chacun des barreaux de prendre connaissance des règles qui régissent le fonctionnement de la profession d'avocat dans l'autre barreau.

Les parties ont convenu:

1. D'établir et de maintenir des échanges d'informations et un dialogue permanent.
Elles s'informent mutuellement de toute modification législative et réglementaire nationale affectant l'exercice de la profession.
Elles échangent de manière régulière des informations en matière de déontologie et de discipline, d'accès à la profession, d'organisation de la profession et de formation professionnelle.
Elles répondent dans les meilleurs délais aux demandes de renseignements réciproques.
2. De procéder à des consultations afin de prendre, lorsque nécessaire et dans le respect de leurs intérêts propres, des positions et des initiatives communes sur les questions internationales intéressant la profession.

Collaboration avec le Conseil National des Barreaux de France (CNB)

Sur le modèle de l'échange de pensées et d'informations qui se fait régulièrement et depuis des années avec les fédérations faitières des Etats voisins germanophones, une collaboration semblable et régulière a pu être scellée le 20 juin 2005 à Nyon avec nos amis voisins de France, à savoir le Conseil National des Barreaux de France.

La convention signée le 20 juin 2005 par la Présidente sortante Me Eva Saluz et le Président du CNB Me Michel Bénichou contient les points essentiels suivants:

3. D'approfondir la connaissance du système judiciaire et législatif en vigueur dans chacun des deux pays.
4. De promouvoir, conformément aux lois en vigueur dans chacun des deux pays, la collaboration, l'exercice transfrontalier et le rapprochement des avocats des deux barreaux et, entre autres, d'étudier la possibilité de mettre en oeuvre des échanges de stagiaires et de jeunes avocats entre les deux pays.
En outre, le Conseil National des Barreaux favorisera la coopération entre la Fédération des Avocats Suisses et les organismes techniques apportant leur concours aux avocats français (notamment ANAFA, UNCA, Caisse Nationale des Barreaux Français (CNBF)), en vue de rechercher les meilleures synergies et échanges possibles.
5. De désigner une commission permanente, composée des deux Présidents des organes signataires des présentes et de 6 personnes, trois nommées par le Président de la Fédération suisse des avocats, trois par le Président du Conseil National des Barreaux, qui sera chargée et aura pour mission de mettre en oeuvre la présente convention par tous moyens appropriés, notamment l'organisation de rencontres, de conférences, de séminaires, de journées d'études, etc., et ce en liaison avec toutes les organisations ayant les mêmes buts ainsi que par l'édition de lettres d'information de chaque barreau.
6. Cette commission se réunira au moins une fois par an alternativement en Suisse et en France dans le cadre des manifestations internationales du Barreau suisse et français. L'ordre du jour de ces réunions sera fixé d'un commun accord. La première réunion se tiendra au cours de l'année civile suivant la signature de la présente convention.
7. D'établir des liens vers leurs sites Internet respectifs et y mettre en ligne les informations relatives à leur coopération.
8. De s'inviter réciproquement aux évènements officiels et professionnels qu'elles organisent.

...

Ämter- und Ressortverteilung im Vorstand SAV (2005/2006)
Répartition des fonctions et domaines au sein du Conseil FSA (2005/2006)

Funktion/Fonction	Weitere zentrale Aufgaben/Autres tâches principales
Ausschuss/Bureau	
Alain Bruno Lévy Präsident/Président 022 703 47 03	
Ernst Staehelin Vizepräsident/Vice-président 061 206 60 60	Anwaltsgesellschaften/Sociétés commerciales d'avocats Schweizerische Standesregeln/Code suisse de déontologie BGFA/LLCA
Brenno Brunoni Vizepräsident/Vice-président 091 911 74 11	Anwaltskongress/Congrès des avocats
Ressorts und Projekte/Domains et projets	
Olivier Freymond Laufende Projekte/Projets en cours 021 213 24 50	Kontakte international/Relations internationales
Michael Hüppi Ressort Kommunikation/Domäne communication 071 227 84 84	
Marianne Klöti-Weber Ressort Kasse/Domäne caisse 062 888 25 25	
Cyrille de Montmollin Ressort Gesetzgebung/Domäne législation et jurisprudence 032 727 36 50	
Beat von Rechenberg Ressort Aus- und Weiterbildung/Domäne formation et formation continue 044 285 11 11	Fachanwaltschaft/Avocats spécialisés
Theres Stämpfli Ressort Anwaltsrevue/Domäne Revue de l'Avocat 031 302 66 55	
Geschäftsstelle SAV/Secrétariat FSA	
René Rall Generalsekretär/Secrétaire général Ressort Dienstleistungen/Domäne prestations de service Tel. 031 313 06 06	
Francesca Meier, Tatjana Matic, Cindy Nicolet Mitarbeiterinnen/Collaboratrices	

Vorschau: Gemeinsames Seminar des SAV mit dem Tribunal Arbitral du Sport (TAS) vom 27./28. Januar 2006 – Das Verfahren vor dem Tribunal Arbitral du Sport (Sportrecht, Schiedsgerichtsbarkeit und Zivilprozessrecht)

Allgemeine Hinweise

Datum: 27./28. Januar 2006
 Ort: Lausanne, Musée Olympique und Hotel Beau-Rivage
 Sprachen: Französisch, Englisch, Deutsch
 Unterkunft: Hotel Beau-Rivage und Hotel d'Angleterre (Lausanne)

Ziel des Seminars

Die verschiedenen Verfahren vor dem TAS (ordentliche Schiedsgerichtsbarkeit, Appellationsverfahren gegen letztinstanzliche verbandsrechtliche Entscheidungen, Ad-Hoc-Kammer während den Olympischen Spielen) haben alle ihre Eigenheiten. Die Veranstaltung bezweckt, dem Teilnehmer diese Eigenheiten aufzuzeigen und ihn auf prozessuale Stolpersteine aufmerksam zu machen. Neben diesen vor allem prozessualen Fragen bilden Aspekte rund um den internationalen Fussball den zweiten Schwerpunkt. Die Themen werden auf der Grundlage der aktuellen Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts und insbesondere der einschlägigen Praxis des TAS behandelt.

Programm

27. Januar 2006

- Sportrechtliche Streitigkeiten: Schiedsgericht oder ordentliches Gericht? Schiedsgerichtsbarkeit, Mediation oder Schlichtungsverfahren
Denis Oswald (Neuenburg), François Carrard (Lausanne), Bernard Foucher (Limoges), Jean-Pierre Karaquillo (Limoges)
- Was eine Partei bei einem Verfahren vor dem TAS berücksichtigen muss
Jean-Philippe Rochat (Lausanne)

Gruppe I: Schweizerisches Recht und Schiedsgerichtsbarkeit

- Grundsätze der Schiedsgerichtsbarkeit: Wahl und Anwendung
 Entwicklung einer Lex Sportiva
Eric Loquin (Dijon)
- Schiedsgerichtsbarkeit und vorläufiger Rechtsschutz
 - a) Vorläufiger Rechtsschutz durch Schiedsgerichte
Dr. Gerhard Walter (Bern)
 - b) Praxis des TAS bei vorsorglichen Massnahmen
Stephan Netzle (Zürich)
- Rechtsmittel gegen Entscheide des TAS nach dem neuen Bundesgesetz über das Bundesgericht und dem Entwurf einer

Schweizerischen Zivilprozessordnung
Prof. Hans-Peter Walter (Bern)

Gruppe II: Ad-hoc-Kammer des TAS an den Olympischen Spielen

- Das Modell der Ad-hoc-Kammer des TAS an den Olympischen Spielen
Matthieu Reeb (Lausanne)
- Vorteile und Risiken des beschleunigten Verfahrens
David W. Rivkin (New York)
- Verfahrensrechtliche Fragen und Fallbeispiele
Hans Nater (Zürich)

28. Januar 2006

- Das neue FIFA-Reglement bezüglich Status und Transfer von Spielern
Heinz Tännler (Zug)
- Rechtliche Probleme der Fussballclubs betreffend Spielertransfers
Maurice Watkins (Manchester)
- Die Fussball-Rechtsprechung des TAS (verfahrens- und materiellrechtliche Fragen)
Michele Bernasconi (Zürich), Jorge Ibarrola (Lausanne)

Anmeldung

Die Anmeldeformulare können ab Oktober 2005 auf der SAV-Website (www.swisslawyers.com) heruntergeladen werden.

Présentation: Séminaire organisé en commun par la FSA et le Tribunal Arbitral du Sport (TAS) le 27 et 28 janvier 2006 – La procédure devant le Tribunal Arbitral du Sport (Droit du sport, arbitrage et procédure civile)

Informations générales

Date: 27/28 janvier 2006
 Lieu du séminaire: Lausanne, Musée Olympique et Hôtel Beau-Rivage
 Langues du séminaire: Français, Anglais, Allemand
 Hébergement: Hôtel Beau-Rivage et Hôtel d'Angleterre (Lausanne)

But du séminaire

Les différentes procédures qui se déroulent devant le TAS (procédure ordinaire d'arbitrage, procédure d'appel pour des recours interjetés contre les décisions de dernière instance prises par les fédérations, chambre ad hoc du TAS aux Jeux Olympiques) ont toutes leurs particularités. Le séminaire proposé a pour but de présenter ces dernières au participant à ce séminaire, et de le rendre attentif aux obstacles de la procédure. En plus de ces questions essentiellement formelles, le deuxième point fort touchera à des aspects en relation avec le football international. Les

matières sont traitées sur la base de la jurisprudence actuelle du Tribunal fédéral et de la pratique y relative du TAS.

Programme

27 janvier 2006

- Résolution des litiges sportifs: Tribunal arbitral ou tribunal ordinaire? Arbitrage, médiation ou conciliation?
Denis Oswald (Neuchâtel), François Carrard (Lausanne), Bernard Foucher (Limoges)
- Ce qu'une partie doit savoir lorsqu'elle procède devant le TAS
Jean-Philippe Rochat (Lausanne)

Groupe I: Droit suisse et arbitrage

- Le choix et l'application des principes généraux du droit en arbitrage
Le développement d'une Lex Sportiva
Eric Loquin (Dijon)
- Arbitrage et mesures provisoires
 - a) Mesures provisoires ordonnées par le tribunal arbitral
Dr. Gerhard Walter (Berne)
 - b) La pratique du TAS en matière de mesures provisoires
Stephan Netzle (Zurich)
- Le recours contre les sentences du TAS sous l'empire de la nouvelle loi suisse sur le Tribunal fédéral et du projet de code de procédure civile suisse
Prof. Hans-Peter Walter (Berne)

Groupe II: La Chambre ad hoc du TAS aux Jeux Olympiques

- Le modèle de la Chambre ad hoc du TAS aux Jeux Olympiques
Matthieu Reeb (Lausanne)
- Avantages et risques de la procédure accélérée
David W. Rivkin (New York)
- Questions de procédure et cas pratiques
Hans Nater (Zurich)

28 janvier 2006

- Présentation de la nouvelle réglementation de la FIFA en matière de transfert de joueurs
Heinz Tännler (Zoug)
- Les problèmes juridiques rencontrés par les clubs de football lors de transferts
Maurice Watkins (Manchester)
- La jurisprudence du TAS en matière de football (questions de procédures et de droit de fond)
Michele Bernasconi (Zurich), Jorge Ibarrola (Lausanne)

Inscription

Les formulaires d'inscription pourront être téléchargés à partir du mois d'octobre 2005 sur le site Web de la FSA (www.swisslawyers.com).

Mitteilung der Eidgenössischen Steuerverwaltung: Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft

Inkraftsetzung per 1. Juli 2005 Aufforderung zur Anmeldung als Zahlstelle

Der Bundesrat hat am 11. Mai 2005 beschlossen, das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EG vom 26. Oktober 2004 ab dem 1. Juli 2005 anzuwenden und das Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der EG vom 17. Dezember 2004 ebenfalls mit Wirkung per 1. Juli 2005 in Kraft zu setzen. Damit sind schweizerische Personen («Zahlstellen») verpflichtet, einen Steuerrückbehalt auf allen relevanten Zinserträgen zu erheben, die an natürliche Personen mit steuerlichem Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat ausgerichtet werden. Auf ausdrückliche Anweisung der Zinsempfängerin oder des Zinsempfängers kann ein Steuerrückbehalt durch eine freiwillige Meldung der Zinszahlung an den Fiskus des EU-Mitgliedstaates ersetzt werden. Einen automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden gibt es nicht.

Die Zahlstellen in der Schweiz sind unter dem erwähnten Gesetz verpflichtet, den Steuerrückbehalt zu erheben und der Eidgenössischen Steuerverwaltung («ESTV») abzuliefern oder die Meldung über den steuerbaren Zins der ESTV zuhanden des ausländischen Fiskus zuzustellen.

Als Zahlstellen gelten

- Banken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen, Wertpapierhändler im Sinne des Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel; sie besitzen den Status der Zahlstelle aufgrund des Gesetzes und müssen sich deshalb bei der ESTV nicht anmelden.
- Natürliche und juristische Personen, Personengesellschaften und Betriebsstätten ausländischer Gesellschaften, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit regelmässig oder gelegentlich Vermögenswerte von Dritten entgegennehmen, halten, anlegen oder übertragen oder lediglich Zinsen zahlen oder die Zinszahlungen absichern.

Definition der Zinszahlung

Bezahlte oder einem Konto gutgeschriebene Zinsen, die mit Forderungen jeglicher Art zusammenhängen, einschliesslich u. a. Zinsen, die von schweizerischen Zahlstellen zugunsten des Nutzungsberechtigten im Sinne des Abkommens auf Treuhandkonten gezahlt werden. Insbesondere gelten als Zinszahlung Erträge aus Staatspapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen, nicht aber Zinsen für Darlehen zwischen natürlichen Personen, die nicht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit handeln. Zinszahlungen von schweizerischen Schuldnern sind grundsätzlich ausgenommen. Zum Zinsbegriff im Detail verweisen wir auf die Abkommensbestimmungen sowie auf die Darlegungen in der Wegleitung zur

Zinsbesteuerung, einsehbar in folgender Internetadresse: www.estv.admin.ch/data/euz/d/index.htm.

Anmeldepflicht

Personen, welche im Sinne der vorstehenden Ausführungen Zahlstelle sind, müssen sich unverzüglich bei folgender Adresse unter Bekanntgabe von Name, Firma, Adresse, Tel.-, Fax-Nr. und E-Mail-Adresse anmelden:

*Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung DVS, Sektion Kontrolle
Eigerstr. 65, 3003 Bern
Tel. 031 322 73 31, Fax 031 323 70 80*

Anmerkung der Redaktion: In diesem Zusammenhang kann ebenfalls auf den Artikel «Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Union» von Hermann Bechtold, erschienen in der Anwaltsrevue 1/2005, S. 43, verwiesen werden.

Communication de l'Administration fédérale des contributions: Loi fédérale concernant l'accord avec la Communauté européenne relatif à la fiscalité de l'épargne

Entrée en vigueur au 1^{er} juillet 2005 Invitation à l'inscription en tant qu'agent payeur

En date du 11 mai 2005, le Conseil fédéral a décidé d'une part l'application, dès le 1^{er} juillet 2005, de l'accord avec la CE relatif à la fiscalité de l'épargne du 26 octobre 2004, et d'autre part l'entrée en vigueur de la Loi fédérale concernant l'accord avec la CE relatif à la fiscalité de l'épargne du 17 décembre 2004. Les personnes physiques et morales suisses («agents payeurs») sont désormais tenues de prélever une retenue d'impôt sur tous les produits des intérêts déterminants versés à des personnes physiques résidant dans un état membre de l'UE. Sur autorisation expresse du bénéficiaire effectif, la retenue d'impôt peut être remplacée par une déclaration volontaire relative au paiement du produit d'intérêt, destinée à l'administration fiscale de l'état membre de l'EU. Aucun échange automatique d'informations n'a lieu entre les administrations fiscales.

L'agent payeur établi en Suisse est donc tenu de prélever et de verser la retenue d'impôt à l'Administration fédérale des contributions (AFC) ou de lui faire parvenir la déclaration volontaire relative au paiement du produit d'intérêt, destinée à l'administration fiscale étrangère.

Sont considérés comme agents payeurs

- Les banques au sens de la Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne ainsi que les négociants en valeurs mobilières au sens de la Loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières, réputés inscrits en tant qu'agents payeurs auprès de l'AFC.
- Les personnes physiques et morales, les sociétés de personnes et les établissements de sociétés étrangères qui, dans le cadre de leur activité d'affaires à titre habituel ou occasionnel, acceptent, détiennent, investissent ou transfèrent des avoirs de tiers ou simplement paient des intérêts ou en attribuent le paiement, dans le cadre de leur activité.

Définition du paiement d'intérêts

Les intérêts payés ou inscrits en compte, qui se rapportent à des créances de toute nature y compris les intérêts payés sur des dépôts fiduciaires par des agents payeurs suisses au profit de bénéficiaires effectifs au sens de l'accord, et notamment les revenus de fonds publics et des obligations d'emprunts, mais à l'exclusion des intérêts provenant d'emprunts entre personnes physiques privées n'agissant pas dans le cadre de leur activité. En ce qui concerne le détail de la notion «d'intérêts», veuillez vous référer aux dispositions de l'accord et aux commentaires des directives relatives à la fiscalité de l'épargne de l'UE. Celles-ci peuvent être obtenues sur le site www.estv.admin.ch/data/euz/f/index.htm.

Obligation de s'annoncer

Les personnes physiques et morales, considérées comme agents payeurs au sens des dispositions ci-dessus, doivent s'annoncer sans retard à l'adresse ci-après en indiquant les données suivantes: nom, raison sociale, adresse, no de tél., no de fax et adresse e-mail:

*Administration fédérale des contributions
Division principale DAT, Section Contrôle
Eigerstr. 65, 3003 Berne
Tél. 031 322 73 31, Fax 031 323 70 80*

Note de la rédaction: à ce titre, il est également possible de se référer à l'article intitulé «Accord sur la fiscalité de l'épargne avec l'Union européenne» de Me Hermann Bechtold, paru dans la Revue de l'Avocat 1/2005, p. 44. ■

Fachtagungen und Seminare/Conférences et séminaires

Zivilrecht/Droit civil

25.11.2005	Vortrag: Aktuelle Fragen zum Scheidungsrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
15.12.2005	Aktuelle Fragen des Eherechts	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 244 24 24, Fax 041 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch

Handelsrecht/Droit commercial

06.10.2005	Verantwortlichkeit im Unternehmensrecht – Neuere Entwicklungen	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
27.10.2005	Die Stiftung im Aufbau	Basel	Christoph Merian Stiftung, St. Alban-Vorstadt 5, 4002 Basel, Tel. 061 226 33 21, t.vondaeniken@merianstiftung.ch
03.11.2005	Praxis der Kreditsicherung – alte und neue Fragen	St. Gallen	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbsmsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch
08./09.11.2005	Steueroasen und Offshore-Strukturen	Pfäffikon	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel. 01 722 85 85, Fax 01 722 85 86, info@zfu.ch, www.zfu.ch
17.11.2005	Finanzmarktrecht – aktuelle Probleme	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbsmsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch
25.11.2005	Verantwortlichkeit im Unternehmen aus zivil- und strafrechtlicher Sicht	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 244 24 24, Fax 041 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
28./29.11.2005	Treuhand-Kammer Seminar – Nachfolgeregelung in den KMU	Wettingen	Kammer-Seminar, Jungholzstrasse 43, Postfach, 8050 Zürich, Tel. 044 305 368 61
Janvier – décembre 2006	Compliance Management	Genève	Université de Genève, Compliance Management, Centre de droit bancaire et financier, Uni-Mail, 1211 Genève 4, tél. 022 379 86 51, fax 022 379 86 62, maud.genton@droit.unige.ch, www.compliance-management.ch

Strafrecht/Droit pénal

28.10.2005	Vortrag: Verteidigungsrechte in Strafverfahren: zu den Grenzen des nationalstaatlichen Ermessens bei der Ausgestaltung des Strafprozessrechts	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
24.11.2005	Unternehmen im Strafrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch

Vertragsrecht/Droit des contrats

02.11.2005	Aktuelle Rechtsfragen zu IT-Verträgen	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 244 24 24, Fax 041 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
25.11.2005	Praxisorientierte Ausbildung in Vertragsgestaltung	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 244 24 24, Fax 041 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
29.11.2005	Arbeitsrecht – aktuelle Fragen und Entwicklungen	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbsmsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch

Haftpflicht- und Versicherungsrecht/Droit de la responsabilité civile et des assurances

29.11.2005	Arbeitsrecht – aktuelle Fragen und Entwicklungen	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbsmsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch
------------	--	--------	---

Immaterialgüterrecht/Droit de la propriété intellectuelle

16.11.2005	Aktuelle Fragen des Immaterialgüterrechts	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 244 24 24, Fax 041 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
------------	---	--------	---

Internationales Recht/Droit international

20./21.10.2005	Symposium zum internationalen Steuerwettbewerb	Zürich	economiesuisse, Hegibachstrasse 47, Tel. 044 421 35 35, Fax 044 421 34 34, www.economiesuisse.ch
----------------	--	--------	--

Diverses/Divers

07.–09.09.2005	3 ^e Journée des Juristes Européens	Genève	Société Suisse des Juristes, Secrétariat, MCI Suisse SA, René Haller, Rue de Lyon 75, 1211 Genève 13, tél. 022 339 96 26, fax 022 339 96 21, jurist2005@mci-group.com, www.jurist2005.org
04.10.2005	GwG-Weiterbildung der SRO SAV/SNV	Zürich	SRO SAV/SNV, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 00, sro.sav.snv@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com

06.10.2005	Aktuelle Probleme des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts	Luzern	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 244 24 24, Fax 041 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
13./14.10.2005	Mediation – vom Konflikt zur Win-Win Situation	Thalwil	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel. 01 722 85 85, Fax 01 722 85 86, info@zfu.ch, www.zfu.ch
17.10.2005	Europa – wie weiter?	Luzern	Europa Forum Luzern, Horwerstrasse 87, 6005 Luzern, 041 318 37 87, Fax 041 318 37 10, info@eurpa-forum-luzern.ch, www.europa-forum-luzern.ch
20.10.2005	Mut zur Macht – Das Unbehagen im Umgang mit Macht und Verantwortung	Münsingen	PZM Psychiatriezentrum Münsingen, PR-Fachstelle, 3110 Münsingen, Tel. 031 720 82 54, Christine.Klopper@gef.be.ch www.be.ch/pzm
26.10.2005	Sitzungs- und Versammlungsmanagement – rechtliche und organisatorische Aspekte	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbshsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch
26.10.2005	Sport und Recht III	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
27.10.2005	GwG-Grundkurs der SRO SAV/SNV	Zürich	SRO SAV/SNV, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 00, sro.sav.snv@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
04.11.2005	5. Tagung zur Einführung des neuen Bundesgerichtsgesetzes in den Kantonen	Zürich	Zentrum für Rechtsetzungslehre, Rämistrasse 74/46, 8001 Zürich, Tel. 044 634 44 41, Fax 044 634 49 38, zfr@rwi.unizh.ch, www.rwi.unizh.ch
06.–09.11.2005	Lawinen und Recht	Davos	Eidgenössisches Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF), Barbara Miller, Flüelastrasse 11, 7260 Davos Dorf, Fax 081 417 08 23, miller@slf.ch, www.slf.ch
15.11.2005	Abschlussstagung des Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte	Bern	Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Generalsekretariat EDI, 3003 Bern, Tel. 031 324 10 33, Fax 033 322 44 37, www.edi.admin.ch/ara
15.11.2005	Formation de base LBA de l'OAR FSA/FSN	Lugano	OAR FSA/FSN, Marktgasse 4, Case postale 8321, 3001 Berne, tél. 031 313 06 00, sro.sav.snv@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
17.11.2005	VUR-Herbsttagung – Kooperation mit Branchen und Unternehmen im Vollzug	Luzern	Vereinigung für Umweltrecht (VUR), Postfach 2430, 8026 Zürich, Tel. 044 241 76 91, Fax 044 241 79 05, info@vur-ade.ch, www.vur-ade.ch
22.11.2005	Formation de base LBA de l'OAR FSA/FSN	Genève	OAR FSA/FSN, Marktgasse 4, Case postale 8321, 3001 Berne, tél. 031 313 06 00, sro.sav.snv@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com

Verschiedene Veranstaltungen/Autres manifestations

International

06./07.10.2005	Latest Developments in the Field of Intellectual Property	Luxembourg	European Institute of Public Administration, European Centre for Judges and Lawyers, 2 Circuit de la Foire Internationale, L-1347 Luxembourg, phone +352 426 230 1, fax +352 426 237
10./11.10.2005	The Increasing Role of the European Union in Private International Law	Luxembourg	European Institute of Public Administration, European Centre for Judges and Lawyers, 2 Circuit de la Foire Internationale, L-1347 Luxembourg, phone +352 426 230 1, fax +352 426 237
13./14.10.2005	Zugang zu innovativen Arzneimitteln und Patientensicherheit in der Europäischen Union – Status quo und Perspektiven	Brüssel	Europäische Rechtsakademie (ERA), Metzger Allee 4, Postfach 1640, D-54206 Trier, Tel. +49 651 937 37 34, Fax: +49 651 937 37 90, sjung.era.trier@era.int, www.era.int
17./18.10.2005	Le droit bancaire et financier européen: Bilan et perspectives	Luxembourg	Institut européen d'administration publique, Mme Christiane Lamesch, Antenne Luxembourg, 2 Circuit de la Foire Internationale, L-1347 Luxembourg, Tél. +352 426 230 302, Fax +352 426 237, c.lamesch@eipa.net
20./21.10.2005	The International Criminal Court: Experiences and Future Challenges	Luxembourg	Academy of European Law (ERA), Ute Beissel, Metzger Allee 4, D-54295 Trier, Tel. +49 651 937 37 31, Fax +49 651 937 37 90, ubeissel.era.trier@era.int, www.era.int
27.–29.10.2005	Forum International de la Finance 2005 – Les trusts commerciaux et les structures financières similaires	Toronto, Canada	AIIA, Avenue Louis Lepoutre 59/20, B-1050 Bruxelles, tél. +32 2 347 33 34, fax +32 2 347 55 22, office@aiaa.org, www.aiaa.org
25.02.–04.03.2006	Winter Seminar: International Civil Litigation and the USA	Breckenridge, Colorado, USA	UIA, 25 Rue du Jour, F-75001 Paris, tél. +33 1 44 88 55 66, fax +33 1 44 88 55 77, uiacentre@uianet.org, www.uianet.org

PAGANINI SOFTWARE

Professionelle Informatik-Lösungen für Anwälte und Notare

PAGANINI SOFTWARE AG

Tel. 091 943 15 03

Fax 091 943 35 50

info@paganinisofware.ch

www.paganinisofware.ch

Wir stehen gerne für eine kostenlose Demo bei Ihnen zur Verfügung.